

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
J. D. C. Geyer.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Telegraphenanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Bogen vor dem Quartalsessen, wenn nicht anderes verordnet ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 21. Mai 1931

## Kampf um Curtius.

Von Rudolf Breitscheid.

Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

SPD. Die heftigen Angriffe, die die Rechtspresse und namentlich die "Deutsche Allgemeine Zeitung" gegen den Minister Curtius richtet, und die in der Forderung nach seinem Rücktritt gipfeln, werden von amtlicher Seite mit der gereizten Bemerkung zu parieren versucht, dass die Autorität des Reichsaussenministers nicht durch die Genfer Vorgänge, sondern eben durch die Presseäusserungen erschüttert werde, die in einem Augenblick erfolgten, wo der deutsche Vertreter mitten im Kampf für deutsche Interessen stehe.

Diese Art, eine Kritik abzuwehren, ist nicht besonders glücklich, und es ist sehr zweifelhaft, ob sie an den Stellen, für die sie bestimmt ist, den gewünschten Eindruck machen wird. Der Kampf um das Projekt der Zollunion ist ja noch keineswegs abgeschlossen. Er geht weiter, und man wird schwerlich verlangen können, dass in all den Monaten, in denen noch um die Verwirklichung des Planes gerungen wird, die Kritik um der Autorität des Herrn Curtius willen schweigen soll.

Im übrigen aber hätte die Regierung und hätte insbesondere das Auswärtige Amt die Entwicklung der Dinge voraussehen können, nicht nur den Beschluss des Völkerbundsrats und die ihn begleitenden Reden, sondern auch die Schlussfolgerungen, die die sogenannte nationale Presse aus den Genfer Verhandlungen ziehen werde.

Es stand sehr bald nach dem Bekanntwerden des Paktes mit Österreich fest, dass der Rat die Prüfung der Rechtsfrage an den Haager Gerichtshof verweisen werde, und dass die in Genf versammelten Vertreter der Mächte mit scharfen Äusserungen über das deutsch-österreichische Vorgehen nicht zurückhalten würden. Wenn die Regierung jetzt zu verstehen gibt, sie habe von Anfang an mit diesem Ergebnis gerechnet, so kann man ihr zunächst den Vorwurf nicht ersparen, dass sie die Öffentlichkeit von ihrer Auffassung der Dinge nicht mit genügender Deutlichkeit in Kenntnis gesetzt hat. Sie liess es im Gegenteil zu, ja sie förderte es, dass in der Presse im wesentlichen nur diejenigen ausländischen Stimmen Wiedergabe fanden, die der Idee der Zollunion günstig lauteten, während die andersgearteten nach Möglichkeit verschwiegen wurden. So konnte eine ganz falsche Vorstellung über die Stimmung in England, in Italien, in Jugoslawien und in anderen Ländern entstehen, und es wurde auch der Eindruck erweckt, als ob ganz Österreich in einmütiger und heller Begeisterung hinter Curtius und Schober stehe. Diese Methode war ebenso bedenklich wie die der diplomatischen Vorbereitung der ganzen Aktion.

Aber diejenigen, die jetzt das schärfste Geschütz gegen den deutschen Außenminister auffahren, sind sicher nicht berechtigt, die Enttäuschten und Getäuschten zu spielen. Sie wussten Bescheid, aber sie verschwiegen ihre Wissenschaft und bemühten sich, Herrn Curtius vorwärtszustossen. Ob der Minister diese so nachdrücklich betonte Zustimmung zu seiner "aktiven Aussenpolitik" für ehrlich gehalten hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber heute wird er sich

wohl selber fragen, ob die freundliche Unterstützung, die man ihm gewährte, nicht geradezu dem Wunsche entsprang, ihn in eine diplomatische Niederlage hineinzutreiben, um diese dann als Beweis für die unzureichende Vertretung der nationalen Belange durch das Kabinett Brüning auswerten zu können.

Diese Mitschuld der Rechtspresse entlastet nun freilich Herrn Curtius in keiner Weise. Ihm hat von der ersten Stunde der deutsch-österreichischen Union das psychologische Verständnis für die internationale Lage Deutschlands gefehlt. Er hat einem Ziel zugestrebt, das im Grunde von jedem Deutschen gebilligt wird, aber er hat die mannigfaltigen Gefahren, die ihn auf seinen Wegen bedrohten, nicht in Rechnung gestellt. Die Sozialdemokratie hat sich in den letzten Monaten in der Beurteilung seiner Politik eine grosse Reserve auferlegt. Sie tat das, um nicht den Gegnern im Ausland Material gegen die deutsche Regierung zu liefern, und um den Antimarxisten in Deutschland nicht die Möglichkeit zu geben, ihr die Schuld an dem ungünstigen Genfer Resultat in die Schuhe zu schieben. Es gab ja Leute genug, die bereits eine neue Dolchstosslegende vorbereiteten. Sie würden dann wieder erklärt haben, dass die Sozialdemokratie die Geschäfte des Auslandes besorge, dass sie einer selbständigen deutschen Aussenpolitik im Wege sei und was dergleichen zur Genüge bekannten Angriffe mehr sind.

In Wahrheit war es und ist es uns heute nur darum zu tun, schwere Nachteile vom deutschen Volke abzuwehren. Das Recht Deutschlands und Österreichs, eine Zollunion abzuschliessen, halten wir grundsätzlich für gegeben. Niemand hat ausserdem entschiedener als wir jene Vertragsbestimmungen bekämpft, die das vollständige Ineinanderaufgehen der beiden Staaten verbieten, und dabei gehen wir sogar weiter als das deutsche Auswärtige Amt, das es sich zuletzt sehr angelegen hat sein lassen, den Zusammenhang zwischen Zollunion und Anschluss abzustreiten und das sogar zu verstehen gab, dass nicht geeigneter sei, den Anschluss hinten zu halten, als eben die Zollunion. Aber jede Aktivität in der Aussenpolitik hat doch nur Sinn, wenn das angestrebte Ziel erreicht werden kann ohne dass die Nachteile grösser werden als die Vorteile, und wenn ausserdem die Jagd nach dem einen Objekt nicht die Gewinnung anderer und wichtigerer Erfolge erschwert oder unmöglich macht.

Solange die Gefahr bestand, dass der mit so ungeschickter Plötzlichkeit in die Debatte geworfene Unionsplan wirtschaftliche und politische Repressalien im Gefolge haben könnte, dass die Einleitung von Revisionsverhandlungen über den Youngplan behindert werde, dass die an sich schon geringe Geneigtheit der anderen zur Einschränkung ihrer Rüstungen noch mehr verringert werde, solange war es bedenklich, die Aktivität auf diesen Punkt zu konzentrieren.

Damit machen wir uns in keiner Weise weder den Inhalt noch die Form zu eigen, in der von verschiedenen Delegierten in Genf an dem Zollplan und an den Absichten seiner Urheber Kritik geübt worden ist. Wir stellen nur fest, dass die bisher erzielte Wirkung keinerlei Ueberraschung bedeuten kann. Wer sie nicht voraussah und trotzdem die Sache mit Eifer und Begeisterung vertrat, kann dem Vorwurf grosser politischer Leichtfertigkeit nicht entgehen. Wer aber im vollen Bewusstsein dessen, was kommen müsse, den schwierigen Weg betrat, dem muss die ernste Frage vorgelegt werden, ob er ihn, koste es, was es wolle, zu Ende gehen will. Wer diese Frage bejaht, der kann sich dann freilich auch über die Angriffe aus dem Lager der Rechten nicht wundern, denn er würde dann in der Tat folgerichtiger handeln, wenn er ohne Rücksicht auf den Völkerbundsrat und den Haager Gerichtshof die schnelle und restlose Verwirklichung seines Planes betriebe.

Wenn wir Herrn Curtius recht verstehen, so will er sich weder in die eine noch in die andere Kategorie einordnen lassen. Er gerät aber auf diese Weise in eine einigermassen zweideutige Position, und er sollte es sich angelegen sein lassen, sich möglichst bald aus ihr zu befreien. Sein Rücktritt, wie ihn die Freunde seiner Politik von gestern fordern, würde nur eine Lösung für ihn, aber nicht für das Land bedeuten. Erforderlich wäre vielmehr, dass er und das Gesamtkabinett seine auswärtige Politik und die Lage, in der Deutschland sich befindet, einer ernsthaften und genauen Nachprüfung unterzögen.

SPD. Stuttgart, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Die vor kurzem neugewählte Evangelische Landeskirchenversammlung Württembergs ist zu einer Tagung zusammengetreten. Bei den Wahlen haben die Religiösen Sozialisten es wohl auf etwa 50 000 Stimmen gebracht, aber kein Mandat erhalten, da die Wahlen nicht nach dem Verhältniswahl-, sondern nach dem einfachen Listenwahlssystem stattfanden, bei dem zur Erlangung eines Mandats die absolute Mehrheit erzielt werden muss. Nun hat aber die Landeskirchenversammlung nach ihrer Verfassung das Recht der Zuwahl von sechs Abgeordneten nach freiem Ermessen. Aus der Mitte des Landeskirchentages wurde beantragt, wenigstens einen Vertreter der Religiösen Sozialisten auf diesem Wege zur Mitarbeit an der Landeskirchenversammlung heranzuziehen. Es wurde sehr viel darüber hin und hergeredet. Die Mehrheit machte in einer von ihr abgegebenen Erklärung auch schöne Redensarten darüber, dass sie der Arbeiterschaft die Kirche zur Heimat machen und für ihre sozialen Anliegen eintreten wolle, in der schriftlichen Abstimmung wurde der Antrag jedoch mit 35 gegen 23 Stimmen abgelehnt.

SPD. Zwickau, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Der nach einem vom Reichsgericht wieder aufgehobenen Freispruch wegen angeblicher Gotteslästerung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilte Redakteur Walter Victor vom Sächsischen Volksblatt in Zwickau hatte gegen das offensichtliche Fehltrail Berufung eingelegt, die am Donnerstag vor dem Gemeinsamen Zwickauer Schöffengericht verhandelt wurde. Victor wies in der Verhandlung nach, dass die der Anklage zugrundeliegende Satire Paul Körners, die von einem "zwischen zwei Halunken" sterbenden Zuchthäusler handelt, lediglich das Plagiat eines anekdotischen Gedichtes von August Lämmle sei, das im Schwedischen schon vor dem Kriege allgemein verbreitet war und sogar Schullektüre ist. Victor konnte das Buch, das das Gedicht enthält und das im Christlichen Verlagshaus in Stuttgart gedruckt worden ist, vorlegen. Er wies auch nach, dass das angebliche Aergernis, das an der "Gotteslästerung" genommen worden sei, auf die Hetze politische Gegner zurückgeführt werden müsse.

Die Staatsanwaltschaft suchte unter dem Eindruck, den diese Beweisführung machte, den Prozess mit Beweisanträgen zu verschleppen, wonach verschiedene Redakteure und Geistliche als Zeugen dafür geladen werden sollen, dass sie an der Satire Aergernis genommen hätten. Da das Gericht, obschon der Prozess nun schon fast zwei Jahre läuft, sich darauf seltsamerweise einliess, stellte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, M.d.R. als Verteidiger demgegenüber ebenfalls Beweisanträge, wonach Sachverständige und Zeugen dafür geladen werden sollen, dass die fragliche Satire gar keine Gotteslästerung darstelle und demzufolge auch kein Aergernis erregt haben könne. Der Prozess wird also im Herbst weitergehen. Ob der Kirche damit gedient ist, ist eine andere Frage, denn die Protestbewegung gegen diese Gotteslästerungshetze in Zwickau wächst und eine steigende Zahl von Kirchengenossen ist die Folge.

SPD. Braunschweig, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Franzen hat nicht nur die braunschweigische Arbeiterschaft durch Haftstrafen für den Schulstreik provoziert, sondern er hat es auch fertig gebracht die Arbeiterschaft zu verhöhnen, indem die Strafmandate an die ausgesteuerten Erwerbslosen mit der Adresse versehen wurde: "An den Armgeldempfänger....."

Das Parteiblatt Franzens bringt es fertig, die verhängten Strafen, die insgesamt 22½ Jahre Freiheitsstrafe betragen, als eine "besondere Milde" hinzustellen.

SPD. In einer Pressebesprechung äusserte sich Reichsernährungsminister Schiele über seine Brotpreispolitik. Er stellte die gegenwärtige kritische Situation so dar, als ob der Kampf um den Brotpreis, der von den Agrarierblättern geschmackvoll als "Brotpreisrummel" abgetan wird, eine parteilpolitische Angelegenheit sei, die masslos aufgebauscht werde. Die Versorgungslage, meint der Minister, sei durchaus gesichert. Am 15. April hätte die Landwirtschaft noch 1,5 Millionen Tonnen Vorräte gehabt, ausserdem wären noch beim Handel und bei den staatlichen Stützungsstellen 300 000 Tonnen Vorräte vorhanden. Wir glauben gern, dass der Roggen, der noch bei den Landwirten lagert, zur Versorgung der Bevölkerung ausreicht. Es fragt sich nur, zu welchen Preisen die Herren Agrarier geruhen werden, ihre spärlichen Bestände an die Verbraucher abzugeben! Wir stellen fest, dass die Bestände äusserst knapp sind, dass der Minister selber Besorgnis hat, dass der Roggen nicht ausreicht; denn er hat ja durch die Stützungsstelle 34 000 Tonnen Roggen im Ausland ankaufen lassen.

In seinen weiteren Ausführungen zählte er dann die völlig unzubäuglichen Massnahmen auf, die von ihm ergriffen worden sind, um den Brotpreis nicht allzu sehr steigen zu lassen. Am Schluss seiner Ausführungen beschäftigte er sich mit der Verschiedenheit der Brotpreisgestaltung in Berlin. Er stellte fest, dass hier unberechtigte Spannen vorhanden sein müssen. Es grenzte aber geradezu an eine Verhöhnung der Gesetze und der Verbraucher, als er den Pressevertretern vorredete, dass diesen Preisspannen mit behördlichen Eingriffen schwer zu Leibe zu gehen sei. Durch ein entsprechendes Verhalten der Konsumenten wäre aber ein Abbau dieser Preisspannen möglich. Vielleicht entschlossen sich die massgebenden Stellen, dem Publikum die Möglichkeit des billigeren Einkaufs ausgiebig bekanntzugeben. Dies würde wirksamer sein als das hysterische Geschrei über agrarische Brotverteuerung und ähnlicher Unsinn.

Man muss sich wundern, dass das Reichskabinett noch einen Minister unter sich duldet, der den Gesetzestext einfach umdreht. Im März dieses Jahres hat der Reichstag der Regierung die Ermächtigung zu neuen Zollerhöhungen nur unter der Bedingung gegeben, dass die Regierung jeder Erhöhung des Brotpreises vorzubeugen hat. Brotpreiserhöhungen sind schon im April in 60 Prozent der Grosstädte allein in Preussen vorgenommen worden. Die Regierung hat bisher an keinem Ort eine Senkung der Brotpreise auf den früheren Stand durchgesetzt. Sie hat, anstatt das einfachste Mittel anzuwenden, nämlich die Zölle zu senken (was der Landwirtschaft nicht das geringste geschadet hätte, da sie zum Verkauf verfügbare Vorräte nur noch in ganz geringem Umfange besitzt), in endlosen Verhandlungen versucht, in Berlin den Brotpreis zu senken. Dieses ist ihr bisher nicht gelungen, obwohl Herr Schiele bramarbasierend verkündet hat, dass ab 18. Mai das Brot in Berlin wieder 47 Pfennige kosten soll. In einigen anderen Städten hat das Reichsernährungsministerium jetzt mit Verhandlungen angefangen, ohne dass irgend welche Erfolge bisher zu sehen sind. Die Brotpreiserhöhungen sind aber teilweise schon vor vier Wochen erfolgt. Wir stellen hiermit fest, dass die Reichsregierung und namentlich Herr Schiele sich nicht an das Gesetz gehalten haben. Es ist der Gipfel, wenn jetzt Herr Schiele von den Verbrauchern verlangt, sie müssten sich selber um die Herabsetzung des Brotpreises kümmern.

Unverantwortlicher hat wohl noch niemals ein Minister gesprochen!

SPD. Madrid, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Die von der Madrider Morgenzeitung "El Sol" gebrachte Nachricht über den Abschluss eines Vertrages zwischen dem russischen Naphta-Syndikat und der spanischen Regierung ist nicht in allen Teilen zutreffend. Tatsächlich ist der Vertrag am Mittwoch-Abend mit dem Petroleummonopol direkt abgeschlossen worden. Er bedarf noch der am Freitag zu erwartenden Zustimmung des Finanzministers. Er umfasst insgesamt die Lieferung von 975 000 Tonnen Benzin und 190 000 Tonnen Schweröl innerhalb von  $3\frac{1}{2}$  Jahren. Der Preis ist nicht um 18,

sondern um 13 Prozent günstiger als der der Standard Shell-Gruppe. Die Lieferung wird etwa die Hälfte des spanischen Bedarfs decken. Eine Note des Finanzministers erklärt, dass die Ersparnisse des neuen Petroleumkontraktes insgesamt 200 000 Peseten für Spanien betragen würden. Ausserdem wendet sie sich gegen die mehrfach aufgetauchten Bedenken, russische Geschäftsleute nach Spanien hineinzulassen. Eine kommunistische Gefahr gebe es in Spanien nicht, der Spanier sei individualistischer Anarchist, aber kein Kommunist.

---

SPD. Stuttgart, 21.Mai (Eig.Drahtb.)

Dr. Friedrich Wolf und Frau Dr. Jakobowitz-Kienle haben mit Zustimmung des Untersuchungsrichters in Stuttgart die Ausreiseerlaubnis nach Russland erhalten. Dr. Wolf befindet sich bereits in Moskau, wo er an einem Film mitarbeitet. Frau Dr. Jakobowitz-Kienle wird demnächst dorthin reisen. Beide haben sich jedoch verpflichtet, gerichtlichen Ladungen, die in ihrer Prozesssache an sie ergehen, sofort Folge zu leisten.

---

SPD. Genosse Kurt Rosenfeld schreibt uns: "In einer vom Sozialdemokratischen Pressedienst verbreiteten Notiz wird den Genossen Seydewitz, Stroebel und mir der Vorwurf gemacht, dass wir im "Klassenkampf" lediglich unseren Antrag auf sofortigen Zusammentritt der Fraktion veröffentlicht hätten, dass wir es "jedoch nicht für notwendig gehalten haben", auch die Antwort der Fraktion zu veröffentlichen. Diesen Vorwurf muss ich als völlig unbegründet zurückweisen, da ich das Antwortschreiben erst am Tage erhielt, an welchem die letzte Nummer des "Klassenkampf" nicht nur bereits gedruckt sondern sogar schon in den Händen der Abonnenten war. Es bestand also gar keine Möglichkeit, das Antwortschreiben im "Klassenkampf" zu veröffentlichen. Uebrigens enthielt die Antwort der Fraktion nicht, wie die Fraktion jetzt erklären lässt, "die Mitteilung, dass der Vorstand der Fraktion die Einberufung einer Fraktions-sitzung vor dem Parteitag schon vorher beschlossen hatte", sondern nur die Nachricht, dass der Vorstand eine solche Sitzung "bereits in Aussicht genommen hat, deren Termin in der nächsten Sitzung festgelegt werden dürfte". Womit auch im Einklang steht, dass ebenfalls im "Vorwärts" vom 19.d.M. mitgeteilt wird, der Fraktionsvorstand werde am Donnerstag "den Termin einer wahrscheinlich noch vor dem Parteitag stattfindenden Fraktionssitzung festsetzen".

---

SPD. Paris, 21.Mai (Eig.Drahtb.)

Herriot antwortet am Donnerstag in der radikalen "Ere Nouvelle" auf den am Dienstag im "Populaire" erschienenen Artikel Léon Blums, in dem sein auf strikter Aufrechterhaltung der Friedensverträge beruhender Pazifismus kritisiert worden war. Herriot schreibt, er brauche sich nicht darüber belehren zu lassen, dass die Probleme andere Gestalt angenommen hätten und die Beziehungen unter den Völkern eine gewisse Schmiegsamkeit verlangen. Aber die letzten Friedensverträge hätten eine neue Rechtsprechung geschaffen, zu der er Vertrauen habe, nämlich die des Völkerbundes. Deutschland und Österreich hätten sich in den Friedensverträgen und Österreich dazu noch im Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 verpflichtet, alles zu unterlassen, was der wirtschaftlichen oder politischen Unabhängigkeit Österreichs Abbruch tun könnte. Trotzdem hätten beide Länder den Anschluss vorbereitet. Damit könne er sich nicht einverstanden erklären; denn wenn man ein Land dazu ermächtigt, selbständig die Verträge abzuändern, so bedeute das die Verneinung jeder internationalen Moral, die Rückkehr zu den alten Missbräuchen und die Heraufbe-

schwörung neuer Kriegsgefahr. Er selbst, Herriot, habe dafür gearbeitet, dass Deutschland in den Völkerbund aufgenommen worden wäre. Deutschland habe jetzt dessen Entscheidung anerkannt; das sei umso besser, aber man habe es erst dazu veranlassen müssen, dieses Verfahren anzunehmen.

Die Antwort Herriots geht an dem Kernpunkt der Angelegenheit vorbei. Léon Blum hatte in seinem Artikel ausgeführt, dass kein Land das Recht habe, aus eigener Macht Verträge zu verletzen; aber er hatte sich dagegen gewendet, dass Herriot oder die französische Kammer schon vor den Entscheidungen des Völkerbundes und des Internationalen Gerichtshofes feststellen, dass Deutschland und Österreich mit dem Zollabkommen die Verträge verletzt haben. Dass diese Kritik Léon Blums durchaus berechtigt war, beweisen die inzwischen eingetretenen Ereignisse. Aus den Genfer Berichten geht unzweideutig hervor, dass Frankreich auf das Urteil des Internationalen Schiedsgerichts gar keinen Wert legt, sondern sich nur an der Entschliessung der Kammer halten will. Und wenn das Haager Urteil für Deutschland günstig ausfallen sollte, will Frankreich aus politischen und wirtschaftlichen Gründen die Durchführung des Zollprojektes doch verhindern. Die von Herriot so gepriesene "neue Rechtsprechung" soll also nur anerkannt werden, wenn sie für Frankreich günstig ist. Die einzige bürgerliche Zeitung, die diesen Standpunkt bekämpft hat, ist die radikale "Republique", die zwar die von Deutschland und Österreich bei dem Zollabkommen angewandten Methoden verurteilt, aber heute erklärt, dass, wenn sich der Gerichtshof gegen die von Frankreich und der Kleinen Entente vertretenen These ausspricht, es die Pflicht der französischen Pazifisten sei, Frankreich und seine Alliierten zu zwingen, den Urteilsspruch anzunehmen.

-----

SPD. Paris, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Untersuchungsausschuss des Staatsgerichtshofes ist am Donnerstag-Vormittag zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Nach der Wahl von drei Vizepräsidenten beschloss der Ausschuss, am 29. Mai mit der ihm übertragenen ergänzenden Untersuchung für den Prozess gegen die früheren Minister und Unterstaatssekretäre Péret, Besnard, Vidal und Favre zu beginnen. Die Untersuchung wird geheim sein und wenn möglich noch im Juni zu Ende geführt werden.

-----

SPD. Paris, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Streik in der nordfranzösischen Textilindustrie nimmt weiter einen ruhigen Verlauf. Nur die Kommunisten versuchen, durch Umzüge und öffentliche Kundgebungen der Bewegung einen revolutionären Charakter zu geben, finden aber unter der Arbeiterschaft wenig Anhang. Die Zahl der Streikenden hat sich am Donnerstag auf 115 000 erhöht. Der Arbeitsminister hat dem Wunsche der christlichen Gewerkschaften stattgegeben und wird eine Vermittlungsaktion einleiten. Die Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften sind für Freitag-Nachmittag zu einer Rücksprache ins Arbeitsministerium gebeten worden.

-----

SPD. Paris, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Wie aus Casablanca gemeldet wird, ist ein vom französischen Flugzeugmutterschiff "Béarn" aufgestiegenes Flugzeug am Donnerstag bei einem Übungsflug aus noch unbekannter Ursache in der Nähe von Meknas abgestürzt. Die aus vier Marinesoldaten bestehende Besatzung wurde getötet.

-----

SPD. Leipzig, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

In dem Hochverratsprozess gegen den kommunistischen Reichstagsabgeordnete und Parteisekretär Hermann Remmele aus Berlin verurteilte das Reichsgericht heute den Angeklagten in Abwesenheit wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Vergehen gegen das Republiksschutzgesetz zu zwei Jahren und neun Monaten Festungshaft.

SPD. Essen, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Im Anschluss an eine Erwerbslosenkundgebung kam es am Donnerstag-Nachmittag zu Ansammlungen vor dem Rathaus. Von den Demonstranten wurden mehrere Schaufensterscheiben zertrümmert. Ein Polizeibeamter wurde von der Menge überfallen abgedrängt, entwaffnet und schwer misshandelt. Ein zweiter Beamter wurde durch Messerstiche schwer verletzt. Am Kopstadtplatz kam es zu einer Schiesserei. Als ein Beamter seine Angreifer durch Schreckschüsse zurückhalten wollte, erhielt er einen Schlag auf die Hand. Die abirrende Kugel durchschlug die Schaufensterscheibe eines Metzgerladens und verletzte den Sohn des Inhabers schwer am Kopf. Zwei weitere Personen wurden durch Schüsse schwer verletzt. Sechs Demonstranten wurden verhaftet.

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschloss am Donnerstag, die Reichstagsfraktion auf Donnerstag, den 28. Mai nach Berlin einzuberufen. Er beschäftigte sich ferner mit der politischen Lage und erörterte in mehrstündiger Aussprache die gegenwärtig im Vordergrund stehenden innen- und aussenpolitischen Probleme. Der Vorstand beschloss unter anderem, bei dem Reichskanzler Dr. Brüning erneut ernsteste Vorstellungen in der Brotpreisfrage zu erheben und zu verlangen, dass die Regierung durch eine allgemeine Senkung des Weizen- und Roggenzolls binnen kürzester Frist die Gewähr für die Vermeidung weiterer Brotpreiserhöhungen und für die Rückgängigmachung der bisherigen Preissteigerungen schaffe. Der Reichskanzler soll dabei nachdrücklich auf die politischen Folgen aufmerksam gemacht werden, die durch ein Versagen der Reichsregierung in dieser politisch und psychologisch so ungemein bedeutungsvollen Angelegenheit entstehen würden. Der Vorstand erörterte sodann die Eventualitäten, die sich aus dem geplanten Erlass einer neuen Notverordnung ergeben können. Ohne den Beschlüssen der Fraktion im einzelnen vorzugreifen, stellte er sich auf den Standpunkt, dass die überaus ernste Finanzlage der öffentlichen Körperschaften nicht zu einem Abbau der sozialen Einrichtungen benutzt werden darf. Die Finanzsanierung müsse mit Mitteln erzielt werden, durch die eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der durch die Wirtschaftskrise im besonderen Masse geschädigten Volksschichten vermieden werde.

SPD. In der Reichskanzlei wurden am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die Besprechungen mit den Führern der Bayerischen Volkspartei über das Steuervereinheitlichungsgesetz fortgesetzt. Zu dem Ergebnis dieser Besprechungen wird der Landesparteiausschuss der Bayerischen Volkspartei Ende dieses Monats endgültig Stellung nehmen.

SPD. Brüssel, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Die belgische Regierung ist am Donnerstag-Nachmittag zurückgetreten, infolge der Debatte über die Festungsentwürfe. Die katholisch-liberale Mehrheit hatte vorher den sozialistischen Antrag auf Vertagung des Festungsentwurfs bis

nach der Abrüstungskonferenz abgewiesen, und zwar mit 90 gegen 77 Stimmen. Die Sitzung der katholischen Kammerfraktion am Donnerstag-Vormittag forderte von der Regierung; die Absetzung der Festungskredite von 300 auf 175 Millionen und die Aufhebung der Festungswerke rund um Antwerpen. Der Ministerpräsident habe diese versprochen, jedoch ohne Wissen der liberalen Fraktion, deren Führer Deveze in der Nachmittagssitzung der Kammer erklärte, seine Fraktion weigere sich, die Kreditherabsetzung zu genehmigen. Darauf erklärte sofort der neue Kriegsminister Bovesse seinen Rücktritt. In der Kammer entwickelte sich schnell ein unbeschreiblicher Tumult. Die Opposition rief unaufhörlich: "Demission, Demission." Der Präsident hob die Sitzung auf; eine Viertelstunde später war die Regierung zurückgetreten. Obwohl der Rücktritt Jaspars in erster Linie ein sozialistischer Triumph ist, wird unsere Partei an der Bildung einer neuen Regierung nicht teilnehmen, ehe die in den Neuwahlen von 1929 verloren gegangenen Mandate zurückgewonnen sind. Jaspars ist für immer erledigt. Die demokratische Mehrheit des Landes erträgt keine persönlichen Regierungsmethoden. Der König wird am Freitag die Präsidenten der Kammer und des Senats, sowie die Parteiführer Rencin, Vandervelde und Deveze hören.

---

SPD. Zürich, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Schweizerische Bundesrat teilt in einem Bericht an die Bundesversammlung mit, dass die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Schweiz Ende März 61 799 betrug, wovon 19 919 gänzlich arbeitslos waren. Besonders schwer betroffen sind die Uhrenindustrie, Stickerei- und Seidenband-Industrie und die Metall- und Maschinen-Industrie. Die Leistungen der Arbeitslosenklassen sind 1930 gegenüber 1928 von 5 400 000 Frs. auf 16 700 000 Frs., der Beitrag der Eidgenossenschaft von 1 800 000 auf 6 400 000 gestiegen. Für die Arbeitslosen in der Stickerei- und Uhren-Industrie und der Seidenbandwebereien beantragte der Bundesrat eine Erhöhung der Taggelder um 10 %.

---

SPD. Zürich, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Für die Vorbereitungsarbeiten für die Weltabrüstungs-Konferenz verlangt die Genfer Regierung vom kantonalen Parlament einen Kredit von 2 Millionen. Die Schweiz selbst wird dem Kanton Genf diese Summe gegen fünfjährige Amortisation vorstrecken. Vorerst soll ein grosses Gebäude in der Nähe des Völkerbundssekretariats, mit diesem verbunden, errichtet werden.

---

SPD. Halle, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Provinzialausschuss der Provinz Sachsen, der infolge eines Formfehlers in der letzten Landtagstagung neu gewählt werden musste, nahm jetzt auch eine Neuwahl des Vertreters der Provinz Sachsen zum Reichsrat vor. Zum Vertreter wurde der Magdeburger Regierungspräsident Paul Weber (Soz) wiedergewählt, zu seinem Stellvertreter der Magdeburger Stadtrat und Gastwirt Kockel (Wirt.P.) neugewählt. Bisheriger Stellvertreter war der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete und Präsident des Landgemeindevverbandes Dr. Gericke.

---

SPD. Genf, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

In der Schlussitzung der Europakommission blieb von dem grossen konstruktiven Wirtschaftsplan Frankreichs und allen übrigen Vorschlägen nichts weiter übrig, als die Bildung eines ständigen Komitees für wirtschaftliche Angleichung, dem drei Unterkomitees aus Fachleuten beigegeben werden, die für die



Verfolgung der Kredit-Zollpräferenz- und Kartellidee sorgen sollen. Österreich erhält die eigene Initiative zurück sich mit Vorschlägen für seine Unterstützung an den Europaausschuss zu wenden. Zum russischen Vorschlag des wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes konnte das Resolutionskomitee keinen Vorschlag machen, da er weitgehende grundsätzliche Probleme enthält, die das Mandat der Kommission nicht ausreichend umfasse. In der Beratung des Berichtes, der dieses Ergebnis enthält, zeigten sich die stärksten Widersprüche, in der Zollpräferenz den Anagrarstaaten, denen England, die nordischen Staaten und Holland widersprachen. Trotzdem wurde nur in dem Bericht an den Rat und die Vollversammlung des Völkerbundes diese Bedenken aufgenommen, während stillschweigend die übrigen Vorschläge auf Bildung von Komitees angenommen wurden.

Litwinow entwickelte dann noch einmal seine Idee des wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes. Generelle Prinzipien müssten jeder Möglichkeit einer wirtschaftlichen Verständigung vorausgehen. Die Regierungen müssten sich aller feindlichen Wirtschaftsmassnahmen enthalten, der Wirtschaftskrieg müsse feierlich verdammt werden. Was er vorschlage, sei die Annahme von Regeln gemeinsamer Zusammenarbeit im Wirtschaftsfrieden. Die Annahme dieses Vorschlages werde kein Land der Freiheit zum Abschluss von Verträgen mit anderen Ländern benehmen. Die Feststellung, dass zwei Systeme der Wirtschaft friedlich nebeneinander bestehen könnten, wäre somit ebenfalls getroffen. Das Unterkomitee habe keinen Weg gezeigt zur Verwirklichung des russischen Vorschlages. Nun müsse die Vollsitzung sofort entscheiden. Die Spontaneität dieser Entscheidung sei sehr wichtig für Friedenserklärungen. Die hier versammelten Minister würden doch alle die Politik ihrer Regierungen kennen. Es könne also ein solches Abkommen sofort unterzeichnet werden, zumindestens könne jeder seine Meinung sagen.

Sofort unterstützte der Vertreter der Türkei den wirtschaftlichen Nichtangriffspakt. Henderson regte an, dass dieser Vorschlag in der Unterkommission nochmals behandelt werden solle. Dr. Curtius erklärte die vollste Sympathie Deutschlands für Litwinows Grundgedanken eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes. Er begrüßte diese Idee aufs Wärmste und sprach die Ueberzeugung aus, dass die Verurteilung jeder feindlichen Wirtschaftshandlung überall gut aufgenommen werde. Die deutsche Delegation habe sich bemüht, in der Zwischenzeit zu einem baldigen Ergebnis zu kommen. Bei anderen Regierungen habe er jedoch die Auffassung gefunden, dass sie erst mit ihren Kollegen zu Hause verhandeln müssten. Es müsse Zeit gelassen werden, um den Gedanken zu prüfen, und diese Massnahme sei kein Zeichen einer unfreundlichen Aufnahme. Er stelle daher den Antrag, diese Idee auf die Tagesordnung der nächsten Europatagung im September zu setzen in der Hoffnung, dass dann alle Mitglieder des Ausschusses zustimmen würden.

Briand regte darauf an, die nächste Tagung am 3. September beginnen zu lassen, was ebenfalls angenommen wurde. In seiner Abschlussrede stellte Briand fest, dass vor allem das Protokoll Litwinows unverändert in den Händen des Unterkomitees sei und somit automatisch zur nächsten Tagung der Europakommission zurückkehren werde. Er unterstützte aufs Wärmste die Idee eines Weltwirtschaftsfriedens, der gewiss nirgends widersprochen werden würde. Aber in Litwinows Protokoll seien noch Bestimmungen, die nicht ganz unschuldig wären und erst nicht geprüft werden müssten. Das habe nichts mit Unfreundlichkeit zu tun und er werde alle Anregungen dieser Art mit wärmster Sympathie begrüßen. Zum Schluss sagte er, hier sei im Geiste des Friedens und der Solidarität gearbeitet worden. Es bleibe die Hauptaufgabe des Komitees bestehen, die gegenseitige Hilfe. Indem er sich setze, sage er seinen vollsten Dank für die Unterstützung seiner Präsidentschaft, die ihm ein Glück und eine Befriedigung gewesen seien.

SPD. Weimar, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Der frühere Redakteur der "Werra-Wacht" in Meiningen, Reich, hatte in ein Artikel geschrieben, dass Frick ein "notorischer Eidbrecher" und "wegen Hochverrats unter Eidbruch bestraffter Mensch" sei, der verfassungstreue Beamte wegen ihrer Republiktreue massregelt. Reich hatte sich deshalb vor Gericht zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte 200 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten; das Gericht erkannte auf 100 Mark und Kostentragung. Wegen des Satzes "Bestrafung wegen Hochverrats unter Eidbruch" erfolgte Freisprechung. In dem Ausdruck "notorischer Eidbrecher" erblickte das Gericht lediglich eine formelle Beleidigung; deshalb die Verurteilung. Der Urteilsspruch ist eine neue Blamage für Frick.

SPD. Gotha, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Kommunisten haben in der Nachkriegszeit die Arbeiterbewegung in Gotha fast vollständig vernichtet. In letzter Zeit hat man auch noch die Arbeiterkonsumvereine an den Rand des Abgrundes gebracht. Es scheint aber jetzt, als ob die Gothaer Arbeiterschaft zur Besinnung kommt. Arbeiter, die bisher den Kommunisten nachgelaufen sind, werden sogar selbst gegen kommunistische Führer handgreiflich. In der letzten Vertreterversammlung des Konsumvereins trat ein altes Genossenschaftsmitglied an den kommunistischen Führer Suhr heran und versetzte ihm eine kräftige Maulschelle. Auch der kommunistische Führer Kühr wurde von einem alten Genossenschaftsmitglied, das um seine kümmerlichen Ersparnisse bangte, die er im Konsumverein angelegt hat, geohrfeigt.

In der letzten Ortsausschusssitzung der Freien Gewerkschaften wurde eine scharfe Entschliessung gegen die verlogene und die Arbeiterschaft schädigende Schreibweise des kommunistischen "Thüringer Volksblatt" mit allen gegen 4 Stimmen angenommen.

SPD. Gera, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

In einem Vorort von Gera überfielen 60 Nationalsozialisten 5 landwirtschaftliche Arbeiter, die mit Geschirr von der Landarbeit auf dem Heimwege sich befanden, ohne jeden Grund. Einer der landwirtschaftlichen Arbeiter, der sich gegen den feigen Überfall zur Wehr setzte, wurde so schwer misshandelt, dass er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen musste.

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hat eine Anfrage an die Regierung gerichtet und verlangt, dass gegen die Schuldigen streng vorgegangen werden soll. Es vergeht in Thüringen nicht ein Tag, wo nicht aus irgend einem Gebietsteil nationalsozialistische Überfälle auf Andersdenkende gemeldet werden ein Zustand, der auf die Dauer unerträglich wird.

SPD. London, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Konferenz am runden Tisch, die Indien die neue Verfassung geben soll, wird am 29. Juni ihre Arbeiten in London aufnehmen. An diesem Tage wird der Unterausschuss, der die bundesstaatliche Verfassung zu bearbeiten hat, zusammentreten, während die Vollversammlung sich erst Anfang September vereinigen wird. Diese Termine sind am Donnerstag durch einen Kabelaustausch zwischen London und der Vizeköniglichen Regierung in Simla verabredet worden. Sie sind das Ergebnis der energischen Verhandlungen, die der neue Vizekönig seit seiner Ankunft in Indien mit Gandhi und den Kongressisten geführt hat.

Der Unterausschuss für die bundesstaatliche Verfassung tritt früher zusammen, da in seinem Aufgabenkreis die grössten Schwierigkeiten liegen, vor allem die Minoritätenfrage. Der Gegensatz zwischen den Forderungen der moham-

medanischen Minorität und den Zugeständnissen, welche die Hindus machen, ist seit dem Abschluss des ersten Teiles der Indienkonferenz keineswegs überbrückt worden. Die blutigen Zusammenstösse zwischen den beiden Religionsgemeinschaften, die sich vor einiger Zeit in Cawnpore abgespielt haben, zeigen, dass dieses grösste Hindernis für eine indische Selbstregierung noch nicht überwinden ist.

Der zweite Teil der Indienkonferenz wird sich von dem ersten vor allem durch die Vertretung der radikalen Parteien des indischen Kongresses unterscheiden. Die Arbeiten werden dadurch sicher nicht erleichtert werden, aber ihre Ergebnisse werden grössere Gültigkeit haben, als wenn sie ohne Zustimmung dieser umfassenden Partei Indiens erzielt würden. Es ist das Verdienst des letzten Vizekönigs Lord Irwin, dass er den Kongress zur Teilnahme an den Arbeiten und vor allem zur Anerkennung der bundesstaatlichen Verfassungsform bewogen hat. Dagegen hat der Kongress bisher die seinerzeit in London vereinbarten Einschränkungen der indischen Selbstregierung, die sich vor allem auf die Aussenpolitik, die Armee und die Finanzen beziehen, noch nicht angenommen, und man muss damit rechnen, dass hierüber noch heftige Kämpfe geführt werden. Gerade diese Einschränkungen waren es ja, die von den Radikalen in Indien schon während des ersten Teiles der Londoner Konferenz scharf kritisiert wurden. Die konservative Partei Englands will daher, so wird wenigstens seit einiger Zeit behauptet, die Absicht haben, ihre weitere Mitarbeit von einer vorherigen Anerkennung dieser Einschränkung durch den Kongress abhängig zu machen. Bekanntlich wird die Indienfrage von den drei Parteien Englands gemeinsam behandelt, und es wäre überaus bedauerlich, wenn über diese Frage die überparteiliche Zusammenarbeit auf englischer Seite durchbrochen würde. Ob Gandhi selbst als Vertreter des Kongresses im Unterausschuss für die bundesstaatliche Verfassung Ende Juni in London erscheint, steht noch nicht fest.

Man sieht also, dass, wenn auch die Wiederaufnahme der Arbeiten an der neuen indischen Verfassung nunmehr gesichert ist, die Schwierigkeiten keineswegs verringert worden sind.

-----  
(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850).

## Der harte Sommer.

Von Fritz Naphtali.

SPD. Die Führer der privaten Wirtschaft, die jeder sozialen Reaktion zugeneigt sind und jeder Rücksichtslosigkeit gegen die Opfer des Systems, dessen Träger sie selbst sind, kühl gegenüberstehen, wissen nichts anderes zu sagen, als dass sie ihr Sprüchlein von der notwendigen Herabsetzung der Löhne und Gehälter trotz der radikalen Erfolglosigkeit der bisherigen Anwendung dieser Methode zur Krisenüberwindung immer wieder hersagen. Als die Lohnabbaudebatten begannen, haben ihre theoretischen Verfechter den Arbeitern den Lohnabbau damit schmackhaft machen sollen, dass sie prophezeiten, bei niedrigerem Lohn würde die Zahl der Beschäftigten sogleich steigen. Wir haben diese Irrlehre stets abgelehnt, weil sie darauf beruht, den Lohn nur als Selbstkostenfaktor, aber nicht als Träger der Massenkaukraft und damit der Absatzmöglichkeiten der Konsumgüterindustrien zu betrachten. Aber jetzt, nachdem beinahe ein Jahr lang der Beweis für die Erfolglosigkeit der Lohnabbauaktionen erbracht worden ist, sollte man endlich die Öffentlichkeit mit einer konjunkturpolitischen Begründung für die Machtkämpfe, die sich in der Lohnfrage abspielen, verschonen.

Die Arbeiterschaft muss angesichts der Tatsache, dass dem harten Winter der harte Sommer folgt und dass niemand absehen kann, wann die Leiden, die diese Krise des Kapitalismus hervorruft, auch nur gemildert sein werden, immer wieder ihre Forderung in den Vordergrund rücken, dass es gerade in der Notzeit die Pflicht der Volksgesamtheit ist, eine einigermassen ausreichende Erhaltung der Lebensmöglichkeiten für die Opfer der Krise zu sichern. Von Abbau der Sozialleistungen darf keine Rede sein. Wenn die Not wächst müssen nicht die Notleidenden schlechter behandelt, sondern die Ansprüche an diejenigen, denen es gut geht, gesteigert werden.

Durch eine bessere Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit, durch die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden muss wenigstens für ein gewisses Mass von Bewegung innerhalb der Masse der Arbeitslosen gesorgt werden.

Darüber hinaus müssen wir immer wieder die Forderung erheben, dass alles Erdenklich geschehen muss, um den Prozess der Krisenüberwindung zu beschleunigen. So wenig es ein schnell wirkendes Allheilmittel gibt, so sehr gibt es eine Reihe von Möglichkeiten der politischen Beeinflussung der Wirtschaft, die zur Besserung der Verhältnisse beitragen können. Wir glauben z.B., dass die Spannung zwischen dem Diskontsatz der Deutschen Reichsbank und den Diskontsätzen, die heute an den wichtigsten internationalen Märkten Geltung haben, grösser ist, als es nach der Währungslage und der politischen Lage der Fall zu sein brauchte, und dass eine Diskontherabsetzung, die eine Verbilligung der Kredite in der Wirtschaft bedeutet, zur Entlastung der Produktionsbetriebe beitragen könnte, wenn sie auch vielleicht nicht im Interesse der Banken liegt.

Die Reichsregierung, die im Juli des vergangenen Jahres den gemeinschädlichen und den Krisenablauf erschwerenden Charakter vieler auf monopolistischen Machtstellungen beruhenden Hochhaltungen von Preisen in ihrer Notverordnung theoretisch anerkannt hat, hat in der praktischen Handhabung der Kontrolle der Monopole und Kartelle in allen wesentlichen Punkten versagt und es könnte durch eine Ausgestaltung auf diesem Gebiet manches für die Beschleunigung der Krisenüberwindung getan werden. Wir glauben weiter, dass mit dem Abbau der agrarischen Hochschutzzölle angesichts der Welle von Brotverteuerungen endlich ernst gemacht werden soll, wenn nach der gesenkten Höhe der Nominallohne die Massenkaukraft nicht noch weiter zusammenschrumpfen soll. Wir glauben, dass der Weg zurückgefunden werden muss zu einer Aussenpolitik der ehrlichen europäischen Verständigung, in deren Mittelpunkt die deutsch-französische wirtschaftliche Zusammenarbeit stehen muss, wenn den Auslandsanleihen und damit einer grosszügigen Arbeitsbeschaffung zur Besserung des Be-

schäftigungsgrades der Weg geebnet werden soll.

Wenn die Reichsregierung auf allen Gebieten, auf denen sich, wenn auch beschränkte, Möglichkeiten der Besserung der Wirtschaftslage bieten, untätig bleibt, wenn sie gleichzeitig den Gedanken und die verfassungsmässige Verpflichtung der solidarischen Hilfe für diejenigen, deren Recht auf Arbeit unbefriedigt bleibe, aufgibt, und nur daran denkt, wie man die Bezüge der Notleidenden zur finanziellen Sanierung weiter kürzen kann, dann wird sie sich nicht wundern dürfen, wenn der harte Sommer politische Krisen zeitigt, denen man im harten Winter noch ausweichen konnte!

---

SPD. Genf, 21. Mai (Fig. Drahtb.)

In der heutigen Ratssitzung verlas Henderson ein Telegramm MacDonaldis, wonach die englische Regierung mit grösster Befriedigung für ihren Aussenminister die Ehre des Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz annimmt. Curtius drückte den Dank des Rates aus für die Uebernahme der grossen Verantwortung durch Henderson. Alle seien überzeugt, dass kein besserer Vorsitzender hätte gefunden werden können. Er sehe in der Person Hendersons die beste Garantie dafür, dass ein grosser Fortschritt in der Befriedigung der Welt gemacht werden könne.

Bei dem üblichen Bericht über die erfolgten Ratifikationen von Konventionen teilten England, Frankreich und Indien ihren Beitritt zum Generalakt für die schiedsgerichtliche Regelung internationaler Streitfälle mit. Grandi versprach die baldige Ratifikation durch den italienischen Senat. Nach dem Beitritt zweier der mächtigsten Länder könne man mit grösserer Sicherheit und erhöhtem Vertrauen an die Begrenzung der Rüstungen gehen. Curtius betonte, es verdiene das grösste Interesse, wenn jene Länder das Bekenntnis zur friedlichen Regelung der Konflikte abgelegt hätten. Der Völkerbund habe den Mitgliedern zwei Wege dafür offen gelassen, die Generalakten oder zweiseitige Schiedsverträge. Die genannten Staaten hätten sich für den ersten Weg entschieden, und es sei zu hoffen, dass der Ausbau des Schiedsgerichtsverfahrens weitergehe nach den Grundsätzen der Billigkeit und des Reiches.

Die Vorschläge des Finanzkomitees in der Europakommission über die Errichtung der internationalen Hypothekenbank für Agrarkredit sowie Regelung des Hypothekenrechts in den Balkanländern wurde debattelos angenommen. Da Polen und Litauen in ihren direkten Verhandlungen nicht zu einer Regelung ihrer Grenzschwierigkeiten gekommen sind, wurden sie vom Rat energisch auf den bestehenden Beschluss hingewiesen, wonach der Rat bei neuen Zwischenfällen alle Massnahmen zu ihrer Unterdrückung treffen kann. Zum Schluss wurde der Bericht über den Vorentwurf eines Abkommens zur Verstärkung der Kriegsverhütungsmittel angenommen. Die Delegierten zur Völkerbundsversammlung im September sollen mit Vollmachten versehen sein.

---

SPD. Zum Parteitag! Das Parteitags-Komitee macht darauf aufmerksam, dass die zum Parteitag nach Leipzig kommenden Teilnehmer (Bezirke, Ortsgruppen, sowie alle sonstigen Arbeiterorganisationen), soweit sie in geschlossenen Zügen mit Fahnen und Transparenten oder mit Transportautos eintreffen, die Bestimmungen der Notverordnung beachten wollen. Die Anmeldung muss von jedem Bezirk (Ortsgruppen, Vereins-Vorstände) für ihre Gruppen rechtzeitig bei der zuständigen Behörde eingereicht werden. Wir ersuchen dringend um Beachtung.

---

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

## Das kranke Hirn.

SPD. Der nationalsozialistische Rechtsanwalt Dr. Becker hat sich zu Stennes bekannt. Seitdem hassen ihn die Hitlerstreuen mehr als einen Marxisten. Nun war Dr. Becker der Verteidiger von Pg. Fabricius, dem aus dem Staatsdienst hinausgeworfenen Hakenkreuzregierungsrat. Pg. Fabricius hatte bei der Schlacht der weissen Mäuse gegen den Remarque-Film teilgenommen und war verurteilt worden. Die Berufungsverhandlung steht bevor, Dr. Becker hatte sie vorbereitet. Von einem Stennesmann aber lässt sich kein Hitlermann verteidigen, also entzog Fabricius Becker das Mandat. Becker fordert für die Vorbereitung der Berufung 50 Mark Honorar, die er der SA-Hilfe zur Verfügung stellen wollte. Darauf schrieb ihm Fabricius den folgenden Brief :

"Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt! Die in Ihrem Brief vom 17. April 1931 enthaltene Behauptung, ich hätte das Fehlen einer Honorarsvereinbarung dazu benutzt, "berechtigte" Honorarforderungen abzustreiten, würde ich als unverschämt bezeichnen, wenn ich es nicht vorzöge, höflich zu bleiben. Von einer Berechtigung, nach Empfang von 100 Mark weitere 50 Mark nachzufordern, kann nach Lage des Falles gar keine Rede sein.

Dass Sie über einen Betrag, der Ihnen nichtzusteht, zugunsten der SA-Hilfe verfügen, finde ich ausserordentlich grossmütig. Das Recht, von "unseren" SA-Leuten zu sprechen und auf ihnen gebrachte Opfer hinzuweisen, haben Sie gründlich verwirkt, nachdem Sie durch Unterstützung des Herrn Stennes die nationalsozialistische und damit die deutsche Sache verraten haben und in den Dienst Frankreichs und des Judentums getreten sind. Unter wirklichen Nationalsozialisten ist es niemals üblich gewesen, sich gebrachter Opfer zu rühmen.

Ich verbleibe, sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,

gez. Fabricius, Regierungsrat.

Weiter Zuschriften, gleich welchen Inhalts, werde ich weder beachten noch beantworten."

Herr Becker wollte diese Beleidigungen nicht auf sich sitzen lassen. Er könnte klagen - aber Herr Fabricius ist als Reichstagsabgeordneter immun. Herr Becker hat nun eine einstweilige Verfügung beantragt, in der Fabricius untersagt werden soll, die beleidigenden Behauptungen weiter zu verbreiten. Dass die Gefahr der Wiederholung dieser Behauptungen bestehe, gehe aus den Akten Stennes gegen Hitler hervor. Man ersehe daraus :

"mit erschreckender Deutlichkeit, mit welcher gewissenlosen Verleumdung von prominenten Vertretern der NSDAP gegen bisherige politische Freunde vorgegangen ist. Der Schluss ist nicht nur nahe, sondern nach dem Inhalt des Schreibens vom 21. April 1931 sogar zwingend, dass auch der Antragsgegner dieses Verfahrens fortsetzen werde, zumal angesichts der Behauptung, der Antragsteller sei in den Dienst Frankreichs getreten, eine Behauptung, die so irrsinnig ist, dass sie nur einem zu allem fähigen krankhaften Gehirn entspringen kann."

Die einstweilige Verfügung ist erlassen worden - aber die feindlichen Brüder haben sich gegenseitig gründlich enthüllt. Man weiss nun, was es damit auf sich hat, wenn Nationalsozialisten einen Gegner beschuldigen, im Dienste Frankreichs zu stehen! Es ist der Ausfluss krankhafter Gehirne.

Hilfe! Freimaurer.

In der Tschechoslowakei ist etwas entsetzliches geschehen. Vor kurzem ist eine neue 50-Kronennote ausgegeben worden, die von dem Maler Mucha entworfen worden ist. Ganz findige Leute haben nun herausgefunden, dass auf dieser Note

alle Symbole der Freimaurerei angebracht sind: Maurerschurz, Kelle, Hammer, die zwei ehernen Gesetzestafeln, der weisse Bock, der Silberkreis anstelle der Schlange, die sich in den eigenen Schwanz beisst und das Winkelmass. Der Maler Mucha soll der Grossmeister der Prager Freimaurerloge sein.

Bekanntlich hat der Weise vom Hakenkreuz, Gottfried Feder, längst herausgefunden, dass eine ähnlich verruchte Freimaurertat auch in Deutschland geschehen ist. Die Rückseite des deutschen Zehnpfennigstückes mit den gekreuzten Aehren stellt nach seiner Behauptung die getreue Abbildung der geheimen Symbole der Freimaurerei dar.

Wer wollte noch leugnen, dass damit alle Hakenkreuzbehauptungen bewiesen sind. Danach kommt alles Uebel vom Geld her und das Geld ist eine Erfindung der Freimaurer. Beweis: die Freimaurerei-Symbolik auf Münzen und Banknoten. Die Freimaurerei aber ist wiederum eine Erfindung der Juden, also schlägt die Juden tot!

#### Befähigungsnachweis.

-----

Aus der Aera Frick in Thüringen wird nachträglich ein bezeichnender Vorfall bekannt. Es sollte der Posten eines Chemikers bei der neuen Flussüberwachungsstelle in Weimar besetzt werden. Die zuständigen Referenten schlugen den Assistenten eines Jenaer Instituts vor, der seit mehreren Jahren Abwasserfragen zu bearbeiten gehabt hat. Frick aber ging nicht auf diesen Vorschlag ein. Noch unmittelbar vor seinem Hinauswurf sprach er die Stellung einem Chemiestudenten zu, der Mitglied der Nationalsozialistischen Partei und der SA ist. Der neue Beamte hat seinen Befähigungsnachweis damit erbracht, dass er ein Jahr zuvor durchs Examen gefallen ist. Womit bewiesen ist, dass die Hakenkreuzgesinnung im Dritten Reich jeden Befähigungsnachweis ersetzen wird. Wer laut zu schreien versteht "Heil Hitler" und "Juda verrecke", der kann alles. Wie wird es erst werden, wenn das medizinische Staatsexamen durch den Nachweis der Hakenkreuzgesinnungstüchtigkeit ersetzt werden sollte!

#### Ehre nach der Rangordnung.

-----

Das Stennesblatt berichtet über eine Besprechung, die zur Zeit der ersten SA-Rebellion in Berlin zwischen den SA-Führern und Hitler stattgefunden habe. Den Schluss der Besprechung habe das folgende Zwiegespräch zwischen Hitler und dem SA-Führer von Mecklenburg, Wilhelm Püstow, gebildet :

Püstow stellte die Frage: "Wie würden Sie sich, Herr Hitler, dazu stellen, wenn ein prominentes Mitglied der Partei sein gegebenes Ehrenwort bricht?"

Darauf Hitler: "Ja, ich müsste zunächst einmal wissen, um wen es sich handelt und ob dieses Ehrenwort einem Parteigenossen gegenüber gebrochen wurde!"

Püstow: "Es handelt sich um ein Mitglied der Reichsleitung, der mir persönlich trotz schriftlicher Mahnung sein Ehrenwort gebrochen hat."

Hitler entgegnete: "Wenn es ein Parteigenosse ist, der grosse Verdienste um die Partei hat, dann genügt ein Ehrenwortbruch nicht zum Ausschluss aus der Partei!"."

Danach ist die Ehre der Nationalsozialisten ganz besonderer Natur. Wer auf der untersten Stufe der Hakenkreuz-Hierarchie steht, sei er nun gemeiner Soldat oder Unterführer, muss im Ehrenstandpunkt ganz besonders kitzlig sein. Wer aber zu den verdienten Führern an oberer Stelle steht, braucht mit seiner Ehre nicht so peinlich genau umzugehen. Der Bruch eines Ehrenwortes ist für den gemeinen Hitlersoldaten ein Verbrechen, für den graduierten Führer aber eine Kleinigkeit. Es gibt in der Hitlerpartei also Abstufungen der Ehre von unten nach oben. Je höher die Funktion, umso unempfindlicher die Ehre!

-----

# aus aller Welt

Pfingsten vor den Weltstadttoren.

Wo und wie sich der Berliner von Berlin erholt.

SPD-Pfingsten, "das liebliche Fest", wird für viele Hunderttausend gewiss aller Lieblichkeit entbehren. In einer Stadt wie Berlin, in der zahllose Menschen ohne Arbeit, ohne Verdienst und ohne Lebenshoffnung sind, können auch zwei Tage Festruhe die Not der Zeit nicht vergessen machen. Dabei ist nicht zu verkennen, dass die Berliner bei dieser Gelegenheit verständlicherweise nicht in Berlin zu sein versuchen. Im Grünen oder auch am Meeresblau suchen sie die Erholung, die ihnen auch wirklich zu gönnen ist.

Beliebt ist bei denen, die verreisen, vor allem der Ostseestrand; Swinemünde gilt, ebenso wie auch viele andere kleinere und mittlere Bäder, seit Tagen als "ausverkauft". Gleichfalls sagen zahlreiche Orte Mecklenburgs Hochkonjunktur an. Der Harzverkehr übersteigt den normalen Betrieb um ein Vielfaches. Und von Frick befreit sind nun Thüringens Städte und Dörfer - auch sie erwarten viele Gäste aus Berlin. Indes sind das doch alles Reiseziele der Bevorzugten.

Der Masse des Volks von Berlin ist freilich keine Möglichkeit gegeben, sich in den zwei freien Tagen eine relativ recht kostspielige Reise zu leisten; der "Durchschnittsberliner" fährt mit der Vorortbahn und wenn es hoch kommt, einem Bummelzug in die Mark Brandenburg. Man braucht ja nicht gerade Saarow-Pieskow und Rheinsberg zu wählen, wo man besonders an den wegen seiner gepflegten Preise berühmten Scharmützelsee die Ausschüttung des heiligen Geistes sehr gut mit der Auslasterung der Taschen seiner lieben Mitmenschen zu vereinen weiss. Aber da Berlin auch in seiner nächsten Umgebung von der Natur überreichlich mit Seen ausgestattet worden ist, kann man sich hier auch "auf billig" gut erholen. Und so zieht denn in frühester Morgenstunde ein Heer ausspannungs- und erholungsdurstiger Menschen, in den Vorortbahnen zwar zusammengedrückt wie eine Heringsladung, aber trotzdem nicht ohne Humor, an die Havel, die Spree und die Dahme, an den Teltow-Kanal und den Müggelsee.

Eine besondere Spezialität der pfingstlich gestimmten Berliner sind die Frühkonzerte. Sie beginnen, je nachdem, um 5 und um 6 Uhr und sie sind für die meisten Lokale das beste Kassengeschäft der beiden Pfingsttage. Ob man im alten Eierhäuschen an der Spree, im Spreeschlösschen, in den Kreuzberg-Lokalen, mitten in der Stadt, im riesigen Garten des alten Rose-theaters oder höchst vornehm im Zoo bei anschliessender Brunnenkur sitzt - überall herrscht ein Riesenbetrieb. Der Höhepunkt der Stimmung ist erreicht, wenn die Kapelle bei Vogelgezwitscher und allgemeinem Kaffeekochen die schöne Berliner Nationalhymne: "In Rixdorf ist Musike, in Rixdorf ist Musike" zu schmettern beginnt oder auch der bekannten Berliner Pflanze eine Blechehrenrunde spielt. Da sitzen denn die Berliner, denen gehässige Menschen einen Mangel an Gemüt nachzusagen pflegen, trinken ihre Mollé, rauchen eine Frühzigarre und fühlen sich bei aller Bedrängnis und Not für ein bis zwei Stunden wie Gott in Frankreich - wobei der Fanatismus beim "Durchhalten" der Frühkonzerttradition so weit geht, dass die Berliner auch bei schönstem Regenwetter ihren frühkonzertlichen Verpflichtungen nachkommen. Unter einem seltsamen Dach von Regenschirmen wird dann in den trotzdem voll besetzten Gärten das Pfingstfest eingeweiht, während die



arme Kapelle, die keineswegs immer im Trockenen sitzt, in das Blech pusten muss, in das unablässig die Regentropfen hineinfallen.

+

Durch Familienwasserpartien winkt den Dampfergesellschaften ein grosses Geschäft. Man fährt nach Templin, Perch oder in die Havelgewässer, an die Oberspree, nach Woltersdorf oder Grünheide, und an die Löcknitz. Nicht zu vergessen Cladow, Gatow, Pichelsdorf und die zahllosen Ausflugsorte im weiten Gebiet der Havelgewässer. Während die "Kreuzer" der "Stern"- und Nobiling-Linie vollbesetzt durch das Wasser ziehen, gehen die "Grünspantuter", auch Blechmusiker genannt, das Aeusserste an Lungenkraft her, um den notwendigen musikalischen Lärm zu machen. Wenn sich dann zwei oder gar drei Dampfer "auf hoher See" begegnen, ist die Welt der Töne in ein unaussprechliches Chaos der jubelnden Dissonanzen getaucht. Aber das bringt Berlins Seefahrer erst in die rechte Stimmung, und kehren am späten Abend die Schiffe mit ihrer menschlichen Fracht nach Hause zurück, sind die erschöpften Kapellen meistens von improvisierten Singekränzchen abgelöst, die immer und immer wieder versichern, dass die Jugend schön sei und nicht wieder komme und dass das alte Berlin auch weiterhin an der Spree liege.

+

Und das ist das fast Rührende am Berliner Volkscharakter. Er hat sich in aller Not und Verzweiflung sein eigenes Milieu einer naiven, lauten und herzlichen Freude geschaffen, aus dem er sich auch nicht verdrängen lässt. Wie gut ist das! Denn der Alltag des grosstädtischen Menschen ist heute leider eine Kette schwerster und niedrückendster Sorgen. Aber dieser primitive Humor und die aus ihm fliessenden unerheblichen Freundlichkeiten sind es, die ihm immer wieder das Kraftreservoir darstellen, um aus der Enge des heutigen Alltags den Blick voller Hoffnung in die Zukunft zu erheben.

Kuka.

+

+

+

Rau=Ritzau, der Millionenschieber. Wie die Stuttgarter Staatsanwaltschaft mitteilt, werden dem von ihr in Murnau (Oberbayern) verhafteten Filialleiter der Deutschen Autoversicherungs A.G. Dr. Rau=Ritzau in erster Linie Kapitalverschiebungen nach der Schweiz vorgeworfen. Dr. Rau=Ritzau scheint etwadrei bis vier Millionen Mark aus dem Besitz der Deutschen Autoversicherungs A.G. in seine Tasche, resp. in das noch sichere Ausland haben wandern zu lassen. Im Jahre 1925 wurde Dr. Rau=Ritzau, der damals einen anderen Versicherungskonzern ins Leben gerufen hatte, wegen unlauteren Wettbewerbs und anderer Vergehen zu neun Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt. Nunmehr hat er nicht zu letzt durch seine Betrügereien auch die Stuttgarter Deutscher Autoversicherungs A.G., bei der er sich mit Hilfe falscher Papiere eine einflussreiche Position verschaffte, aufliegen lassen. Die Unterbilanz der in Konkurs gegangenen Autoversicherungs A.G. beträgt 6,8 Millionen Mark. Es können nicht einmal die Forderungen der bevorrechtigten Gläubiger befriedigt werden, d.h. die Angestellten werden um ihr Gehalt geprellt. Ferner scheint zu den hauptsächlich Geschädigten auch die Schweizerische Bank A.G. Sautier & Co. zu gehören, bei der grosse Teile des Grundkapitals angelegt waren.

Dr. Ritzau verfügte über sechs falsche Pässe, mit deren Hilfe er, meist per Flugzeug, ständig zwischen Stuttgart und Zürich hin und her fuhr. Seine Verhaftung war eigentlich nur einem Zufall zu danken: einem Rechtsanwalt, der zufälligerweise zwei Aktenstücke aus dem Ritzau-Zusammenbruch im Jahre 1925 und aus dem Konkurs der Deutschen Autoversicherungs A.G. in die Hände bekam, fiel die Ähnlichkeit der Namen Ritzau und Rau auf (Rau ist der zweite), zumal auch die in den Akten dargestellten Vorgänge einander nicht unähnlich waren...

+

+

+

Bäderbrücke nach Usedom. Unter Anwesenheit des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Sahn wird am Freitag bei Zecherin an der pommerschen Ostseeküste die neue Bäderbrücke nach Usedom eingeweiht. Swinemünde, Ahlbeck, Heringsdorf, Bansin, Zinnowitz und Carlshagen erwarten dadurch eine weitere Verstärkung der Zahl der sie besuchenden Autos, die bisher mit beträchtlichem Zeitverlust im Fährverkehr übergesetzt werden mussten.

+ + +  
Opfer der Berge. Eine Reisegesellschaft von vier Engländern verunglückte beim Abstieg vom Harder im Berner Oberland. Die Touristen hatten sich verirrt, gerieten auf abschüssiges Gelände und kamen ins Rutschen. Während es zwei der Touristen gelang, sich in letzter Sekunde noch an Sträuchern festzuklammern, stürzte einer von ihnen in die Tiefe und wurde tödlich verletzt, während ein zweiter trotz Absturzes mit einem Bruch der linken Hand davonkam.

+ + +  
Flucht aus der Hölle. In Essen traf jetzt der aus Metz stammende deutsche Mechaniker Peter Schneider ein, der im Jahre 1921 von der Besatzungsarmee wegen Sabotage zu lebenslänglicher Verbannung nach der Hölle von Französisch-Guayana verurteilt worden war. Nunmehr gelang ihm auf abenteuerliche Weise in einem Zeitraum von 25 Tagen die Flucht nach Niederländisch-Guayana, von dort die Weiterreise nach Deutschland. 12 Tage brachte Schneider allein auf einem Floss zu.

+ + +  
"Jack, der Barbier" verhaftet. In Chikago wurde "Jack, der Barbier" verhaftet: Jakob Factor, einer der gesuchtesten Börsenschieber, für dessen Ergreifung von der amerikanischen Bundespolizei sowie von der Chikagoer und Londer Polizei eine Million Dollar Belohnung ausgesetzt waren. Diese hohe Belohnung hat sich freilich niemand verdient, denn Jakob Factor, der seinen Spitznamen daher trägt, dass er soviel Leute "über den Löffel barbierte", hat sich den Bundesbehörden freiwillig gestellt. Er wird beschuldigt, seine "Kunden" um acht Millionen Dollar betrogen zu haben.

+ + +  
Banditenterror in Südbulgarien. Seit einigen Wochen hält eine zwölköpfige verwegene Räuberbande die südbulgarischen Bezirke Ortaköi und Kuschukawak an der türkischen Grenze in Schrecken. Trotzdem die ganze Gendarmerie und mehrere Kompagnien auf die Spuren der Banditen gesetzt worden sind, gelang es noch nicht, sie festzunehmen. An einem der letzten Abende drang die Bande in das einsam gelegene Dörfchen Kossiler ein und zwang den Muezzin (türkischen Gebetsausrufer), auf das Minarett zu steigen und die Bevölkerung zum Gebete in die Moschee zu rufen. Der Plan der schlaunen Banditen war, die männlichen Bewohner des Dorfes (den muselmanischen Frauen ist das Betreten des Gotteshauses untersagt) in der Moschee einzuschliessen, um dann den Ort ungestört ausplündern zu können. Wider Erwarten erschienen in der Moschee jedoch nur 12 Männer, die sofort gefesselt wurden. Inzwischen aber war der Ueberfall ruchbar geworden, und einige Bewohner gaben mit Jagdflinten Alarmschüsse ab, die die Banditen verwirrten. Sie verliessen fluchtartig das Dorf, überfielen aber nach kurzer Zeit eine nahe gelegene Mühle, töteten die Familie des Müllers und raubten seine Wohnung aus.

+ + +  
Fliegertragödie. Am Donnerstag nachmittag stürzte in der Nähe von Wegscheid (Bayrischer Wald) das Flugzeug der bayerischen Sportfliegerin Christel Schulthes ab, die kurz vorher auf dem Münchener Flugplatz Oberwiesenfeld zu einem Weltstreckenflug aufgestiegen war, der über Budapest, Konstantinopel, Indien, China, Tokio nach New York führen sollte. Fräulein Schulthes und ihr Begleiter, der Stuttgarter Jungflieger Gustav Sackmann, wurden schwer verletzt ins Krankenhaus Untergriesbach eingeliefert.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Arbeitskonferenz und Arbeitslosigkeit.

Albert Thomas' Tätigkeitsbericht.

SPD. Kurz nach Pfingsten beginnt in Genf die 15. Internationale Arbeitskonferenz. Der Tätigkeitsbericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, der der Konferenz vorgelegt werden wird, ist soeben erschienen. Er gibt ein Bild von den Auswirkungen der Krise auf die internationale Sozialpolitik. Darüber hinaus lässt er jedoch auch die Rückwirkungen der seit dem Krieg erzielten sozialpolitischen Fortschritte auf die Lebenshaltung und die Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft in der Krise erkennen. Die soziale Lage der Arbeiterschaft hat sich in den Ländern, die bereits internationale Arbeitsabkommen ratifiziert haben, immerhin widerstandsfähiger erwiesen, als dies bei früheren Krisen der Fall war. Ohne die im Laufe der letzten 10 Jahre errichteten sozialpolitischen Schutzbauten wäre die Arbeiterschaft in der grossen Weltkrise völlig hilf- und wehrlos der Verelendung preisgegeben.

In der Regel misst man den sozialen Fortschritt auf internationalem Gebiet an der Zahl der ratifizierten Uebereinkommen. Diese Zahl betrug am 15. März, d.h. an dem Tag des Abschlusses des Berichts, 424 gegenüber 386 des Vorjahres. Im Berichtsjahr wurden also insgesamt 44 Uebereinkommen ratifiziert gegenüber 79 im Jahre 1929 und 34 im Jahre 1928. Die sozialpolitische Bewegung lässt sich, wie man sieht, auch in einer Krise nicht völlig unterdrücken. Allein das ändert nichts an der Tatsache, dass der gerade jetzt und doppelt und dreifach notwendige sozialpolitische Schutz aufs stärkste bedroht ist. Wie stetig in Krisenzeiten, so wird auch diesmal von den Verteidigern des Kapitalismus in erster Linie die Sozialpolitik als Ursache der Krise hingestellt. Jedenfalls hat die Krise oder richtiger die aus der Krise erwachsende Psychose, wie Albert Thomas in seinem Bericht sagt, in weitem Masse den Willen zur sozialen Reform und die Bestrebungen dem Gebiet des gesetzlichen Arbeiterschutzes gelähmt.

Die Arbeiterschaft ist von den Ergebnissen der internationalen Sozialpolitik in Genf - so verheissungsvoll sie auch sein mögen - nicht befriedigt. Die Unternehmer sind es aber noch weniger. Sie werden nicht müde, immer wieder zu betonen, dass von Genf keine Hilfe kommen könne. Dabei bemühen sie sich in Genf redlich, dass von dort aus keine Hilfe kommen kann. Besonders krass zeigt sich das in der Frage der Arbeitslosigkeit, der der Bericht in der Hauptsache gewidmet ist.

Albert Thomas erinnert in diesem Hauptstück seines Berichts nach einer Darstellung der Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes und des Völkerbundes zur Bekämpfung der Krise zunächst an die bereits bekannten Beschlüsse des Verwaltungsrates, in denen die Ursachen der Krise dargestellt werden: landwirtschaftliche Ueberproduktion, industrielle Ueberproduktion, mangelnde Aufnahmefähigkeit der Märkte, überhöhte Produktionskosten infolge unzweckmässiger Produktion, Zollschränken, verfehlte Rationalisierung usw. Die Unternehmer haben der Entschliessung über die Krisenursachen zugestimmt. Sie haben auch noch mitgewirkt bei den Massnahmen zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, soweit es sich um Fragen der Arbeitsvermittlung, der Arbeitslosenversicherung, der öffentlichen Arbeiten und der internationalen Zusammenarbeit handelte. Dagegen war in den entscheidenden Fragen der Lohn- und Arbeitszeitpolitik eine Verständigung mit den Unternehmern nicht zu erzielen. Gerade auf diesen wichtigsten Gebieten haben sie das Internationale Arbeitsamt durch Verhinderung eindeutiger

Beschlüsse im Verwaltungsrat bis zu einem gewissen Grade aktionsunfähig gemacht. Dabei unterliegt es keinem Zweifel, dass vor allem die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit in den dem Aufgabenbereich der internationalen Arbeitsorganisation fällt und nur wirksam werden kann, wenn eine internationale Verständigung erzielt wird. Die Arbeitszeitfrage ist eine der wenigen, bei denen das internationale Arbeitsamt eine unmittelbare Aktion gegen die Arbeitslosigkeit fördern könnte. Man braucht in diesem Zusammenhang ja nur auf die Beschlüsse der Madrider Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur internationalen Durchführung der Vierzigstundenwoche hinzuweisen.

Das Gleiche gilt für das Verhalten der Unternehmer in der Lohnfrage. Noch immer vertreten sie im Gegensatz zu den Arbeitnehmern die Auffassung, dass es notwendig sei, die Preise durch Senkung der Löhne herabzusetzen und so der Krise zu begegnen. Dabei hat nicht nur die wissenschaftliche Forschung, sondern auch die Praxis in aller Welt bewiesen, dass die zum Teil nicht unbeträchtlichen Lohnsenkungen nirgends in einer auch nur annähernd angemessenen Weise zur Senkung der Preise beigetragen haben. Im Gegenteil: es zeigte sich, dass der Lohnanteil an den Gestehungskosten in der Regel zu gering ist, um sich wesentlich auf die Preise auszuwirken. Dagegen verminderten die Lohnsenkungen die Kaufkraft vor allem in dem Masse, in dem die Massnahmen zur Ueberwindung der Agrarkrise eine Stabilisierung der Preise für Agrarprodukte nach oben mit sich brachten. Erst vor wenigen Tagen hat der Stellvertretende Direktor des I.A.A. Butler in einem Vortrag im Reichsarbeitsministerium mit Recht darauf hingewiesen, dass die Entwicklung der modernen Wirtschaft nur aufgrund einer ständigen Verkürzung der Arbeitszeit denkbar war, dass die Arbeitszeit in den letzten hundert Jahren fortschreitend von 72 auf 48 Stunden sank und dass hand in hand mit dieser Verkürzung der Arbeitszeit eine Verbesserung der Reallöhne ging.

Eine neue Ordnung der Dinge, die sich aus der immer schmerzlicher werdenden Krise herausentwickelt, wurde allmählich sichtbar. Noch sind aber die Kräfte einer sogenannten freien Wirtschaft am Werk, die sich einer nationalen und internationalen planwirtschaftlichen Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens einschliesslich der Regelung der Arbeitsbedingungen entgegenstemmen. Aus diesem Widerstreit drohen sehr ernste Gefahren. Albert Thomas schliesst daher seinen Bericht mit einer Warnung. Er sagt: "Man halte die Augen offen! Wenn die Wirtschaft von heute diese noch kaum umrissenen, noch kaum bestimmten Pläne, die aus der Unordnung und aus dem Elend erwachsen sind, nicht zu verwirklichen vermag, wenn sie nicht im nötigen Masse Mut und Einsicht aufbringt, um eine neue Ordnung, eine Ordnung im Geiste des Friedens und der Gerechtigkeit zu schaffen, so würde ein Geist der Verzweiflung, der Zerstörung und des Aufstandes, für den die Losungen schon bereitliegen, unabwendbar furchtbare Erschütterungen herbeiführen, und das in einer Stunde, in der es möglich wäre, neue Handhaben für einen geordneten Aufbau und für die Zivilisation zu schaffen".

SPD. Bei der kommunistischen RGO herrschen wundervolle Zustände. Der Landtagsabgeordnete der KPD. und der RGO.-Führer Fritz Jendrosch-Hindenburg war von der Reichsbahngesellschaft fristlos entlassen worden. Er klagte deshalb vor dem Arbeitsgericht Oppeln. Der Grund zu seiner Entlassung war ein von ihm verantwortlich gezeichnetes Flugblatt, das die oberschlesischen Eisenbahner zu einem wilden Streit aufputschte. Jendrosch erklärte vor dem Gericht, er habe von dem Flugblatt bis zu seiner Entlassung überhaupt keine Kenntnis gehabt. Sein Name sei missbraucht worden. Den Missbrauch seines Namens nimmt er aber allem Anschein nach nicht tragisch; denn er hat dagegen bis jetzt nichts unternommen. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

SPD. Der neue Bericht der Reichsanstalt über die Arbeitsmarktlage im Reich gibt für die Zeit vom 1. bis 15. Mai folgendes Bild:

Der Beschäftigungsgrad hat sich in der ersten Hälfte des Monats Mai weiter gehoben; die Bewegung ist zwar, verglichen mit dem letzten Berichtsabschnitt, langsamer geworden, doch ist sie noch kräftiger als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen hat seit dem 30. April um rund 147 000 abgenommen und belief sich am 15. Mai auf rund 4 211 000. Eine gleich starke Besserung, allerdings bei günstigerem Ausgangspunkt, trat im Jahre 1930 erst im Verlauf des ganzen Monats Mai ein. Die finanzielle Entlastung der Reichsanstalt findet ihren Ausdruck in der Verringerung der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 174 000 auf rund 1 713 000. Andererseits hat die Belastung der Krisenfürsorge noch um rund 11 000 auf annähernd 914 000 Hauptunterstützungsempfänger zugenommen. Von denjenigen, die aus den beiden Formen der versicherungsmässigen Unterstützung ausgeschieden sind, dürfte ein Teil nicht wieder in Arbeit gelangt, sondern, soweit Hilfsbedürftigkeit vorliegt, in die Betreuung der öffentlichen Fürsorge übergegangen sein.

Die Aufnahmefähigkeit der Saisonausserberufe im engeren Sinne, der zahlenmässig der grösste Anteil am Gesamtrückgang zuzurechnen ist, hat gegenüber der zweiten Hälfte des April nachgelassen. Die Ursache dafür ist vor allem die Einschränkung des Kräftebedarfs in der Landwirtschaft, in der um diese Zeit nach Beendigung der Frühjahrsbestellung regelmässig eine gewisse Arbeitspause bis zum Beginn der Heu- und Hackfruchternte eintritt. Die Tätigkeit am Bau- markt hat weiterhin langsam zugenommen, doch bleibt der Beschäftigungsgrad hinter dem des Vorjahres nicht unerheblich zurück.

Die Besserung des Arbeitsmarktes im Bekleidungs-gewerbe konnte sich weiterhin fortsetzen, nicht nur in der Kleider- und Wäschekonfektion, sondern auch in der Massschneiderei; dagegen ist die Entwicklung in der Schuhindustrie wenig befriedigend. Im Spinnstoffgewerbe hat die in den letzten Wochen begonnene Belebung nur in einzelnen Zweigen und Bezirken noch angehalten, zum Teil gefördert durch Auslandsaufträge; anderwärts setzte bereits ein Rückgang ein.

Der Abbau der Belegschaften im Steinkohlenbergbau hat sich in allen Bezirken, wenn auch etwas langsamer, fortgesetzt. In den Braunkohlengebieten ist im wesentlichen nur bei den für Hausbrand arbeitenden Werken eine Besserung zu verzeichnen. Die Hütten- und Walzwerke melden aus Westfalen eine Abschwächung der Nachfrage, aus Oberschlesien und Niedersachsen weitere Einschränkungen und Kurzarbeit, aus dem Rheinland ungleichmässige Entwicklung.

+

Die amtlichen Arbeitslosenziffern zeigen mit erschreckender Deutlichkeit die Folgen der Rationalisierung. Trotz günstiger Witterung keine Entlastung, wie sie bei aller Vorsicht erwartet werden konnte. Wohl geht die Ziffer der Arbeitslosenversicherung zurück, und das ist gewiss für die Finanzfrage der Versicherung erfreulich; allein der Rückgang der Zahl der von der Versicherung versorgten Arbeitslosen bedeutet keine wirkliche Entlastung des Arbeitsmarktes; denn die Zahlen der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung steigen. Nur etwa 2/5 der Arbeitslosen werden noch von der Versicherung betreut. Der grosse Rest entfällt auf Krisenunterstützung und Wohlfahrt. Die ergänzende Arbeitslosenfürsorge bedarf also dringend einer Neuregelung im Sinne der von den Gewerkschaften gemachten Vorschläge. Mit Abbau der Unterstützung ist die Situation nicht zu meistern. Die neuen Arbeitslosenziffern zeigen das zur Genüge. Die Allgemeinheit und vor allem die Regierung muss sich ihrer Verantwortung gegenüber den Opfern der Wirtschaftskrise bewusst bleiben. Schwere Erschütterungen sind sonst unausbleiblich.

## Die Londoner Weizenkonferenz.

SPD. Die schon seit Jahren fortgesetzte Magazinierung der Weizenvorräte, vor allem durch den kanadischen Weizenpool und das Federal Farm Board der Vereinigten Staaten, hat zu einer sehr grossen Anhäufung von Vorräten geführt. Während der Umfang des Weizenweltextports bis zum Ende dieses Jahres auf 21,6 Millionen to geschätzt wird, werden in der gleichen Zeit die überschüssigen Vorräte auf 23 Millionen to angewachsen sein, also auf mehr, als die Exportmengen der ganzen Welt betragen. Hierbei sind aber noch nicht die Vorräte Russlands berücksichtigt.

Da es auf der kürzlich in Rom stattgefundenen internationalen Getreidekonferenz, an der Import- und Exportländer beteiligt waren, weder gelungen ist, die Importländer in ihrem ständig zunehmenden Protektionismus abzubringen, noch ein gemeinsames Vorgehen der Ueberschussländer zu erreichen war, haben sich jetzt in London die Vertreter der wichtigsten Exportländer zusammengesetzt, um das Problem einer Regulierung des Weizenmarktes von sich aus zu prüfen.

Die Vorschläge, die jetzt von den einzelnen Teilnehmern der Konferenz unterbreitet wurden, zielen in Anlehnung an die kürzlich erfolgte internationale Vereinbarung der Zuckerexportländer auf die Einsetzung eines Exportkontrollausschusses, der für das kommende Erntejahr für die einzelnen Ueberschussländer der Ausführquoten festlegen soll. Weder dieser Vorschlag noch die Forderung, die Anbauflächen zu verringern, fand aber bisher Zustimmung. Besonders die Vereinigten Staaten haben, da sie für 1931 selbst bei ungünstigen Ernteverhältnissen mit einem Exportüberschuss von annähernd 5,4 Millionen to rechnen müssen, eine Kontingentierung der Ausfuhr abgelehnt. Lediglich wurde eine Einigung über gemeinsames Vorgehen zur Vergrösserung des Weizenverbrauchs erzielt. Wie man es aber erreichen will, auf der einen Seite die Preise zu erhöhen und auf der andern Seite den Verbrauch auszuweiten, dürfte den Konferenzteilnehmern selber noch nicht ganz klar sein.

Da bisher die Stellungnahme der russischen Delegation noch nicht festliegt, dürften die Beratungen der andern Exportländer nur als theoretisch zu bewerten sein, da die Ausfuhrpolitik Sowjetrusslands jeden Versuch der andern Exportländer, die Weizenpreise zu stabilisieren, verhindern kann. Bereits 1930 hat die Sowjetunion mit 2,4 Millionen to die Hälfte ihrer durchschnittlichen Vorkriegsexporte erreicht. Für dieses Jahr ist eine 10 bis 12% höhere Ernte zu erwarten, so dass die Sowjetunion in bedeutend stärkerer Masse die Weltmarktpreise beeinflussen kann. Die Stabilisierung der Weltweizenpreise für das nächste Jahr hängt daher letzten Endes davon ab, ob Russland sich zu einer Kontingentierung seiner Ausfuhr bereit erklärt.

SPD. Das Reichsfinanzministerium gibt eine Uebersicht über die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben für das letzte Rechnungsjahr (1. April 1930 bis 31. März 1931). Danach waren im Reichshaushaltsplan die Einnahmen auf rund 10 265 Millionen Mark angesetzt. Aufgekommen sind jedoch nur 9 025 Millionen Mark. Es ergibt sich also ein Ausfall von fast 1 1/4 Milliarde Mark. Die

einzelnen Einnahmen ergeben, dass sich die steuerliche Last äusserst stark nach der Seite der Massenbelastung verlagert hat.

Für Besitz- und Verkehrssteuern ergibt sich ein tatsächliches Aufkommen von 5.960 Millionen Mark gegenüber einem Voranschlag von 6.771 Millionen Mark. Im vorigen Jahr vereinnahmte das Reich aus Besitz- und Verkehrssteuern rund 6.125 Millionen Mark.

Aus Zöllen und Verbrauchsabgaben flossen dem Reich 3.064 Millionen Mark zu gegenüber einem Voranschlag von 3.494 Millionen Mark. Im vorigen Jahr betragen die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben 2.900 Millionen Mark. Hier allein beträgt die Mehrbelastung des Massenverbrauchs gegenüber dem Vorjahr fast 165 Millionen Mark.

Die Lohnsteuer erbrachte im Rechnungsjahr 1930/31= 1.281 Millionen Mark gegenüber 1.396 Millionen Mark im vorigen Jahr. Der Steuerabzug vom Kapitalertrag ergab 194 Millionen Mark (im Vorjahr 188 Millionen Mark). Die veranlagte Einkommenssteuer ist von 1.441 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1929/30 auf 1.285 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1930/31 abgesunken. Insgesamt sollte die Einkommenssteuer 3.126 Millionen Mark erbringen. Erbracht hat sie aber nur 2.760 Millionen Mark. Die Körperschaftsteuer, die mit 500 Millionen Mark im Reichshaushaltsplan angesetzt ist, ergab nur 450 Millionen Mark (Vorjahr 558 Millionen Mark). Als Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes (Beamtenabzug) war 118 Millionen Mark angesetzt. Aufgekommen sind 81,4 Millionen Mark. Die Vermögenssteuer (Voranschlag 465 Millionen Mark) ging von 542 Millionen Mark im Vorjahr auf 450 Millionen Mark zurück. Durchweg haben sich die Ertragnisse aus den Besitzsteuern verringert.

Die Umsatzsteuer, die 1.165 Millionen Mark erbringen sollte, hat nur 996 Millionen Mark erbracht. (im vorigen Jahr 1.013 Millionen Mark) Die Personenbeförderungssteuer erbrachte 172,6 Millionen Mark (im Vorjahr 187 Millionen Mark). Veranschlagt wurde sie, wie auch die Güterbeförderungssteuer, mit 180 Millionen Mark. Die Güterbeförderungssteuer ist von 176,5 Millionen Mark auf 142,5 Millionen abgesunken.

Bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben ist auch durchweg der Voranschlag nicht erreicht worden. Die Ertragnisse liegen aber auf Grund der neuen Steuer-gesetze höher als im vorigen Jahre. Die Belastung ist absolut gestiegen. Diese Steigerung ist aber weit grösser, als die Zahlen besagen, wenn man bedenkt, dass infolge des Preisrückganges z.B. bei den Rohstoffeinfuhren, die Zollbelastung sich pro Einheit prozentual stark vergrösserte.

An Zöllen sind insgesamt 1.082 Millionen Mark eingekommen gegenüber einem Voranschlag von 1.266 Millionen Mark. Der Zollertrag stellte sich im Vorjahr auf 1.094 Millionen Mark. Die Tabaksteuer, eingesetzt mit 1.115 Millionen Mark, hat 1.058 Millionen Mark erbracht gegenüber 915 Millionen Mark im Vorjahr. Die Zuckersteuer bleibt mit 1,3 Millionen Mark hinter dem Voranschlag von 171 Millionen Mark zurück. Sie erbrachte im vorigen Jahre 159 Millionen Mark, im Rechnungsjahr 1930/31 jedoch 169,7 Millionen Mark. Die Biersteuer (Voranschlag 550 Millionen Mark) wird mit 473 Millionen Mark angegeben. Im Vorjahr betrug sie 411,7 Millionen Mark. Aus dem Spiritusmonopol sind dem Reich 211,5 Millionen zugeflossen, während 295 Millionen erwartet wurden. Im Vorjahr erbrachte das Spiritusmonopol weit mehr, nämlich 271 Millionen Mark. Die Mineralölsteuer bleibt mit 1,7 Millionen Mark hinter dem Voranschlag von 12 Millionen zurück. Die Mineralwassersteuer erbrachte 15 Millionen Mark gegenüber einem Voranschlag von 35 Millionen Mark. Die Zündwarensteuer (Voranschlag 14 Millionen) wird mit 13,7 Millionen Mark ausgewiesen, das Ergebnis des Zündwarenmonopols (Voranschlag 4 Millionen Mark) mit 2,9 Millionen Mark.

SPD. Auf den deutschen Benzinmärkten ist es zu einer Verständigung über die Rabattsätze gekommen, die der Kraftwagenverkehr bald an höheren Benzinpreisen merken wird. Die Verständigung ist unter Führung des schwerindustriellen Benzolverbandes erfolgt. Nach der Verständigung gibt es einen Staffelpreis und zwar in der Art, dass bei Abnahme von 1 000 Litern ein Rabatt von einem Pfennig pro Liter gewährt wird, bei Abnahme von 5 000 Litern von 3 Pfennigen, von 100 000 Litern von 4 und über 10 000 Litern von 5 Pfennigen. Der frühere Konventionsrabatt betrug durchweg 4 Pfennige. Es erfolgt also eine wesentliche Preissteigerung.

Man kann annehmen, dass das der erste Schritt zu einer Verständigung im Oelkampf überhaupt ist. Dieser Kampf wurde bedingt durch das Abgleiten der Oelpreise auf den Weltmärkten. In Deutschland aber ging das im Sommer 1928 gegründete Konditionskartell dazu über, die Preise hoch zu halten. Die ausländischen Oellieferanten finanzierten gewissermassen ihren Oelkonkurrenzkampf in aller Herren Länder durch die überhöhten deutschen Benzinpreise. Der hohe deutsche Benzinpreis zog aber Aussenseiter an, die den Kartellpreis beträchtlich unterboten und dabei dennoch auf ihre Rechnung kamen. Im September 1930 brach das Kartell auch zusammen, was eine stärkere Abflachung der Benzinpreise in den einzelnen Wirtschaftsbezirken Deutschlands mehr oder weniger, nach sich zog. Zwischen den angelsächsischen Oelkonzernen, Standard-Oil, Shell-Gruppe, Anglo-Persian, bestanden weitere Preisvereinbarungen. Diese Vereinbarungen machten aber der schwerindustrielle Benzolverband und die mit ihm Verbündeten (Lieferungsvertrag Sowjetrusslands mit dem Benzolverband bis 1933) nicht mit. Insbesondere nahmen die Russen die Gelegenheit wahr, auf eine Erhöhung ihrer Benzineinfuhrquote nach Deutschland hinzuarbeiten. Die Russen verlangten 350 000 Tonnen, während die Angelsachsen nur 200 000 Tonnen zugestehen wollten. Dieser Kampf ist heute noch nicht ausgefochten.

Die Russen machen aber, aus der immer schlimmer werdenden Devisennot heraus, die oben erwähnte Rabattvereinbarung mit, was darauf schliessen lässt, dass sie ganz allgemein für einen Vollfrieden auf den Benzinmärkten zu haben sein werden. Die Zeche bezahlt der deutsche Benzinverbraucher.

---

SPD. Am Pfingstsonnabend bleibt die Berliner Produktenbörse geschlossen.

---

#### Berliner Milchpreise.

---

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 22. bis 28. Mai: für A-Milch 16,6, für B-Milch 10,6, für tiefgekühlte Milch 17,1, für molkereimässig bearbeitete Milch 18,35 Pfennig. Die Milchmenge ist für diese Zeit auf 100% des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt.

Richtpreis für den Kleinverkauf ab Laden oder Wagen 29 Pfennig.

---

#### Buttermarkt.

---

SPD. Berliner Butterpreis vom 21. Mai. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 125, II. Qualität 117, abfallende Sorten 103 Mark. Tendenz: stetig.

---



## Weiter knappes Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 21. Mai)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte etwas freundlichere Stimmung. Die Anfangsnotierungen am Markt der Zeitgeschäfte lauteten für Weizen nur wenig verändert, jedoch konnte sich im Verlauf der Börse für Herbstlieferungen eine leichte Befestigung durchsetzen. Roggen eröffnete bereits um ca. eine Mark höher. Im Handel mit effektiver Ware blieb das Angebot weiter knapp. Auch Nachfrage machte sich nur in geringem Umfange bemerkbar. Immerhin konnten die Preise ihren Stand behaupten. Mehl hatte weiter sehr ruhigen Markt bei gleichbleibenden Forderungen der Mühlen. Für Hafer war die Stimmung stetiger.

	<u>20. Mai</u>	<u>21. Mai</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	284 - 286	286 - 288
Roggen	198 - 200	199 - 201
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	227 - 242	227 - 242
Hafer	191 - 194	193 - 196
Weizenmehl	33,25-38,90	33,25-38,90
Roggenmehl	26,50-28,50	26,50-28,50
Weizenkleie	15,00-15,25	15,00-15,25
Roggenkleie	14,50-14,75	14,50-14,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 290 $\frac{1}{2}$ -289 $\frac{1}{2}$  (Vortag 291) Juli 295 $\frac{1}{2}$ -295 (296), September 247 $\frac{1}{2}$ -248 und Brief (246 $\frac{3}{4}$ ). Roggen Mai 205 $\frac{1}{2}$ -206 $\frac{1}{2}$  Geld (295), Juli 200 $\frac{1}{2}$ -201 (198 $\frac{3}{4}$ ), September 189 $\frac{3}{4}$ -190 (188 $\frac{3}{4}$ ). Hafer Mai (199), Juli 205 $\frac{1}{2}$ -206 $\frac{1}{2}$  (202 $\frac{1}{2}$ ), September 177 und Geld (175).

## Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung (je Zentner waggonfrei märkischer Station): Weisse Kartoffeln 1,80 bis 2, Rote Kartoffeln 2,20 bis 2,40, Odenwälder Blaue 2,40 bis 2,80, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 3,30 bis 3,70 Mark. Fabrikkartoffeln 9,50 bis 10 Pfennig je Stärkeprozent.

## Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier: (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 21. Mai) A) Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) über 65 g 9, über 60 g 8,25, über 53 g 7, über 48 g 6,25, frische Eier über 53 g 7, aussortierte kleine und Schmutzeier 5,75. B) Auslandseier: Dänen 18er 9,25, 17er 8,50, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 7,75-8, Estländer 15 $\frac{1}{2}$ -16er 7,25-7,50, Holländer 68 g 9,25, 60-62 g 8,25 bis 8,50, Litauer grosse 6,75, normale 6, Russen normale 5,50-6, kleine, Mittel-, Schmutzeier 5-5,50. Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 28

Berlin, den 21. Mai 1931

Volksmuseum für Frauenkunde.<sup>x</sup>

SPD. Nicht immer müssen es tote Dinge sein, die man in Museen ausstellt. Aus den Schaukästen im Charlottenburger Volksmuseum für Frauenkunde spricht das Leben, das Leben des Menschen in seiner geheimnisvollsten Stunde: der Geburt. Es ist ein Museum der Frau für Frauen und Männer, und was könnte es Wichtigeres, Geheimnisvolleres und Ehrfürchtigeres geben als die Darstellung der Mutter, als Erhalterin des Menschengeschlechtes, die den goldenen Ball des Lebens, den der Mann weitergibt, in Freuden und Schmerzen zugleich trägt!

Doch über das Ethische hinaus hat dieses Museum einen sehr nüchternen, praktischen und wichtigen Zweck. Es will besonders der Frau, aber auch dem Manne die notwendige Kunde geben vom körperlichen Zweck und Sinn der Frau und allen den Notwendigkeiten, die zu beachten sind, wenn Einzelwesen und Gesamtheit ihrer und ihrer Nachkommenschaft Gesundheit leben wollen. Dass es sich dabei nicht an einzelne, kleine Kreise wendet, sondern an die breiteste Gesamtheit und in erster Linie an die werktätige Frau, das beweisen allein schon die für ein Museum sonst ungewohnten Oeffnungszeiten. Es lädt zu kostenloser Besichtigung erst in den Abendstunden ein, wenn Fabriken und Geschäfte ihre Tore geschlossen haben.

Dieses "Volksmuseum für Frauenkunde", das an das Deutsche Institut für Frauenkunde angeschlossen wurde, ist des bekannten Berliner Frauenarztes Professor W. Liepmann Schöpfung und sein liebstes Kind. Eine private Sammlung Liepmanns war der Grundstock, und durch zahlreiche Stiftungen und Leihgaben hat es sich in der kurzen Zeit seines Bestehens zu einer beachtlichen Grösse und Vollständigkeit entwickelt. Dem über die rein wissenschaftliche Tätigkeit hinausgehenden künstlerischen Sinne seines Schöpfers ist es zu danken, dass es ganz und gar nicht ein Museum eingewekter Schrecken geworden ist, sondern eine bunte, vielfältige und vielseitige Schau, die, ohne von ihrem Ziele abzuirren, doch durch ihre Mannigfaltigkeit von den verschiedensten Gesichtspunkten aus interessiert.

Da ist zuerst einmal eine Gruppe von sieben Schaukästen. Wie alte Guckkastentheater sehen sie aus in lustigen, bunten Farben mit einem sehr ernsten Hintergrunde. Die erste Darstellung zeigt eine altägyptische Entbindungsszene aus der Zeit etwa dreihundert Jahre vor Christi Geburt, die nach einem alten Papyrus entworfen ist. Man sieht ein ägyptisches Zimmer, in dem sich eine Geburt von Drillingen abspielt. Ein Kind liegt schon in einem Körbchen; das zweite erhält gerade einen Nabelverband von einer Hebamme; eine andere bemüht sich um die Geburt des dritten.

Das zweite Bild führt uns ins alte Rom. Es zeigt den Palast des Titus, und stellt die Geburt des Kaisers im ersten Jahrhundert nach Christus dar.

Das dritte Bild zeigt, nach einem Titelblatt eines alten Buches, eine Wochenstube aus Nürnberg um die Hans Sachs-Zeit. Auch hier ist alles noch reichlich primitiv. Selbst das Thermometer gab es damals noch nicht. Die Hebamme, die im Vordergrund gerade das Kind baden will, prüft mit ihren nackten Füßen die Temperatur des Badewassers.

Das vierte Bild zeigt nach einem Holzschnitt des Jost Amman eine Geburt im sechzehnten Jahrhundert. Die Mutter sitzt im Gebärstuhl. Zwei solche Stühle stehen auch in einer Nachbildung eines Originals aus dem Germanischen Museum

und einem alten Familienstück des Grafen Erbach im Museum. Im Hintergrunde dieses Bildes sieht man zwei Männer, die während der Geburt den Sternhimmel studieren: alter, ewig junger Aberglauben.

Das fünfte Bild zeigt den früher so gefürchteten Kaiserschnitt im Ausgange des siebzehnten Jahrhunderts im Palast eines italienischen Fürsten in Florenz. Ein kostbares, reiches Haus, aber die geburtshilflichen Mittel sind immer noch recht bescheiden. Bei Wachskerzenbeleuchtung schickt sich der Arzt an, den Kaiserschnitt auszuführen. Um die richtige Stelle zu treffen und die Nähte richtig anzulegen, hat er auf dem Leib der Frau mit "guter Dinten" die Schnittführung gekennzeichnet. Statt der Narkose steht im Vordergrunde der Geisliche, Gebete murmelnd, während ein Messknabe an einem kleinen Hausaltar kniet.

Das sechste Bild ist wohl das erschütterndste. Es zeigt eine Berliner Kellerwohnung unsrer Tage, wie schwer der Arzt es hat, unter diesen schlechten Unterkunftsverhältnissen im Licht einer Petroleumlampe, die der Mann hält, schwierige Eingriffe vorzunehmen.

Das letzte Bild zeigt eine grosse geburtshilfliche Operation in einem modernen Operationssaal. Dann folgen in anderen Schaukästen Nachbildungen pompejanischer Instrumente, die zur Geburtshilfe dienten. Man sieht eine ganze Zahl alter "Wehemütter"-Bücher. Eine kleine, geschmackvolle Sammlung zeigt den Wandel des Schönheitsideales von der Willendorfer Venus und der Nofretete bis zu unsrer Zeit. Die Nöte der Fabrikarbeiterin und der Proletarierfrauen zeigen Plakate und Zeichnungen von Käthe Kollwitz. Man sieht Bilder von mexikanischen Geburten, anatomische Schnitzereien der Herrgottschnitzer aus Oberammergau, ein prachtvolles Elfenbeinfigürchen aus Florenz, das eine schwangere Frau darstellt und zerlegbar ist, sodass man deutlich die Frucht erkennen kann. Amulette zeigen den Aberglauben, am merkwürdigsten eine Milchflasche mit einer langen, aus den Haaren der Mutter geflochtenen Halteschnur. Es folgen hygienische Belehrungen, eine Sammlung aufklärender Plakate, Darstellungen der Folgen unsachgemässer Abtreibungen, eine in dieser Vollständigkeit wohl einzigartige Sammlung von Skeletten von Kindern vor der Geburt, Missbildungen, Präparate, die die zerstörende Wirkung der verschiedenen Krankheiten zeigen, Vergleiche zwischen menschlicher und tierischer Entwicklung. Manches betrachtet man mit frommer Scheu, manches von heimlichem Entsetzen gepackt. Alles aber klingt aus in das Hohelied der Frau als Mutter. Und erst, wenn man zum Abschluss eine sehr feine Sammlung von Bildern der Modetorheiten sieht, wie sie im Wandel der verschiedenen Epochen blühten - und hoffentlich für immer verschwunden sind -, dann wird man wieder an das Leben da draussen erinnert, das in seiner Oberflächlichkeit und Schnelligkeit allzu wenig solche ernsten Gedanken aufkommen lässt, wie sie einem in diesem Museum aus jedem Schrank, aus jedem Bild entgegenleuchten. Und nur auf den Fusspitzen und mit einer seltsamen, frommen Andächtigkeit geht man aus diesem Museum, das in einem Krankenhaus untergebracht ist, heraus und über den Gang, über den gerade eine Frau mit fragenden, schwarzen Augen auf einem Bet in den Operationssaal gefahren wird, um ihre schwerste Stunde zu erleben.

Mario Mohr.

---

### Scheiterhaufen vor 500 Jahren.<sup>X</sup>

---

SPD. Am 30. Mai 1431 erhellte ein Feuer den Marktplatz von Rouen. In düsterem Rot blinzelten Helme, Lanzen und Brustpanzer. Ein Frauenkörper wurde von Flammen zerfressen: man verbrannte die Hexe Jeanne d'Arc, genannt die Jungfrau von Orléans. Der Feudalismus rächte sich am Volke, das gewagt hatte, sich in Gestalt eines kleinen lothringischen Bauernmädchens zu erheben, um das Schicksal seines Landes zu entscheiden. Kirche und weltliche Macht vereinigten sich, um mit Feuerbränden das Volk zu belehren, dass es nicht die Führung

an sich zu reissen hatte. Zwei Nationen, die sich unversöhnlich in einem hundertjährigen Kriege zerfleischten, waren sich einig in dem einen Punkte: das Mädchen aus Domrémy gehört auf den Scheiterhaufen.

Die, denen sie Rettung gebracht hatte, spielten sie ihren Henkern in die Hände. Man war auf diese Art beide los: das unheimliche Mädchen und die moralische Verantwortung. In das Geheimnis dieses seltsamen Mädchens wird sich nie restlos Licht bringen lassen. Es ist auch gleichgültig, ob sie ein Mensch mit besonderen Fähigkeiten oder nur eine Hysterische war. Visionen, wie Johanne sie hatte, waren im Mittelalter an der Tagesordnung. Bei ihr kam nur ein Neues hinzu: in das religiöse Element mischte sich ein nationales. In Johanna regte sich erstmalig die Kraft des Volkes, sein Wille, in die Geschicke des Landes tätig einzugreifen. Und dass sie mehr fertig brachte als der Adel und die Dynastie, dass sie zur Retterin des Landes zu werden drohte, das war ihre grosse Sünde wider die weltlichen und kirchlichen Mächte der Zeit. Wäre Johanna dem Hochadel entsprossen, sie hätte nicht den Weg zum Inquisitionsgerichte gehen müssen. Der zermürbte Adel erschauerte innerlich, als sich ihm in diesem Mädchen die unüberstehliche, alles mitreissende Kraft sich erhebenden Volkstums offenbarte. Und er wehrte sich gegen diese Kraft auf seine Weise: er verband sich mit der Kirche, und die griff nach dem bequemen Vorwurf der Hexerei.

Als Johanna am 8. Mai 1429 die Engländer von Orléans vertrieb, als sie am 18. Juni bei Patay den Marschall Talbot schlug, wurde sie Gegenstand religiöser Verehrung. Doch schon regte es sich im Adel. Hätte sie ihre Mission hiermit als erledigt betrachtet, es wäre alles gut gegangen. Aber Johanna war nicht mehr Herrin ihrer selbst; sie war nur noch ein Werkzeug ihrer Besessenheit. Der Adel wollte den Frieden, sie aber wollte ganz Frankreich von den Engländern befreien. Während der inzwischen zum König gekrönte Dauphin müssig in Rourges Hof hielt, zog sie nach Paris, um die Hauptstadt zu befreien. Aber der Erfolg war ihr nicht mehr treu. Man sabotierte ihre Unternehmungen. Das Mädchen aus Domrémy liess sich nicht beirren, bis sie das Schicksal ereilte. Am 23. Mai 1430 wurde sie bei einem Ausfall aus Compiègne von der Uebermacht geschlagen. Während sie selbst den Rückzug deckte, wurde sie vom Pferde gerissen und dem Ritter Johann von Ligny übergeben. Mit diesem Augenblick begann eine der grössten Schurkereien der Weltgeschichte. Der Ritter von Ligny lieferte Johanna im Oktober im geheimen Einvernehmen mit dem französischen Adel gegen eine hohe Geldsumme an den Herzog von Burgund, den Verbündeten der Engländer, aus.

Ein langer Prozess, der nach aussen die Formen des kirchlichen Rechts wahrte, begann. Johanna verteidigte sich mit grösstem Mut und staunenswerter Klugheit. Sie widerrief nichts. Am 24. Mai führte man sie zum Scheiterhaufen. Auf diesem Wege wurde sie zum ersten Male schwach. Dem Drängen der Geistlichen nachgebend, widerrief sie ihre Vision. Man verwandelte ihre Strafe in ewiges Gefängnis. Und jetzt geschah die zweite Schurkerei. Man sperrte sie mit drei rohen, vertierten Soldaten zusammen und nahm ihr ihre Frauenkleidung. Als sie darauf wieder Männerkleider anlegte, fasste man das als Rückfall auf. Am 30. Mai wurde sie zum Scheiterhaufen geführt. Es wirkt wie eine höllische Possé, das nachdem man ihrer ledig war, der französische König 1450 den Prozess neu aufrollen und sie für unschuldig erklären liess.

Das republikanische Frankreich hat alles getan, um das Unrecht platonisch wenigstens nach 400 Jahren gutzumachen. 1894, als Papst Leo XIII. Johanna selig sprach, beschloss die französische Regierung, ihre Feier alljährlich Ende Mai zum Nationalfeste zu erheben. Doch der Fleck lässt sich von der Gesellschaft nicht fortwischen.

Der deutsche Dichter Schiller machte aus diesem in die letzten Tiefen und Abgründe menschlicher Schlechtigkeit und Gemeinheit leuchtenden Geschehen ein idealistisch dekoriertes Hohes Lied des Patriotismus. Die historische Wahrheit wird bei ihm auf den Kopf gestellt: Johanna stirbt unter den Fahnen und der Ergriffenheit ihrer guten "Freunde". In die sozial-ethischen Hintergründe griff mit rücksichtsloser Hand erst im letzten Jahrzehnt Bernard Shaw mit seinem

Schauspiel "Die heilige Johanna". Merkwürdigerweise hat Frankreich ausser der frechen Persiflage Voltaires und der historisch-psychologischen Reportage von Anatole France kein einziges bedeutendes Dichtwerk über seine Nationalheldin aufzuweisen. Allerdings hat man dem Heldenmädchen mit dem wundervollen Jeanne d'Arc-Film vor einigen Jahren ein grossartiges künstlerisches Denkmal gesetzt. Aber die grosse, den ganzen Vorgang erschöpfende und durchleuchtende Dichtung muss noch kommen.

Im Jahre 1431 starb Johanna. Im Jahre 1789 rächte das französische Volk das Verbrechen. Doch täuschen wir uns nicht! Das Jahr 1931 würde eine Jeanne d'Arc nicht verbrennen; es würde sie nur "auf der Flucht" erschliessen. Die Methoden sind inzwischen etwas humaner geworden.

Dr. Hanns Froemberg.

-----  
Und doch ist kein Wunder geschehen...X  
-----

Die Jungfrau von Orleans wurde verbrannt,  
Die Erde blieb drum nicht stehen.  
Sie hatte sich flehend an Gott gewandt,  
Und doch ist kein Wunder geschehen.  
Sie selbst aber war ein Sonderfall,  
Wie mancher Künster und Denker,  
Für die es allzeit und überall  
Nur Ketzergericht gibt und Henker.

Die Erde hat sich genau so gedreht  
Heute vor fünfhundert Jahren.  
Ob Jeanne auch zu den Menschen gellte?  
Wir haben es nicht erfahren.  
Sie hat wohl an ihre Kühe gedacht,  
An die Vögel auf dem Felde,  
Eh' man ihr den Prozess gemacht,  
Ihr "Jesus, hilf mir!" gellte.

Es hat sich die Erde weiter gedreht,  
Fünfhundert lange Jahre.  
Johannas Asche ist längst verweht,  
Zurück blieb nur die Bahre,  
Auf der die Freiheit geknechtet liegt,  
Das Recht und die Menschenwürde.  
Und immer noch hat Verleumdung gesiegt,  
Und immer noch gibt es Verwirrte,

Die Hilfe aus dem Himmel erfliehen  
Und göttlicher Mächte Erbarmen,  
Anstatt den richtigen Weg zu gehen  
Mit allen Gedrückten und Armen.-  
Johanna wurde als Hexe verbrannt.  
Die Erde blieb drum nicht stehen.  
Johanna hatte in Gott sich verrannt,  
Und doch ist kein Wunder geschehen.

Maria Gleit.

## Die Todesstadt der Jeanne d'Arc.<sup>x</sup>

---

SPD. "Rouen ist das Nürnberg Frankreichs", so sagte mir seinerzeit ein französischer Künstler. Stolze gotische Bauten, malerische Strassenbilder berechtigten zu diesem Vergleich mit der mittelalterlichen Stadt an der Pegnitz. Es war im März des Jahres 1909, als ich durch schneebedeckte Fluren von Paris nach Rouen fuhr. Es schneite noch, als ich, vom Bahnhof kommend, in eine breite neue Strasse, die Rue Jeanne d'Arc, einbog, an deren Linken ein altes, schmuckloses Türmchen, die Tour Jeanne d'Arc, emporstieg. Es ist nicht der Turm, in dem die unglückliche Heldin gefangen sass; sie hat hier nur ein Verhör bestanden. Das alte Gerichtsgebäude, das wundervolle spätgotische Palais de Justice, stand auch noch nicht, als man Gericht über Johanna hielt; es ist erst im 15. Jahrhundert begonnen, im 16. vollendet worden. Man bestritt seinen grossen Hof zwischen zwei Flügeln seltsamerweise von der Judenstrasse, der Rue des Juifs, aus. Ob die Juden in Rouen leichter ihr Recht fanden als anderswo im Mittelalter, weil sie so nahe dem Gerichtsgebäude wohnten?

Der schöne Mittelbau des Justizpalastes ist fast unverändert und die feinen, zierlichen Einzelheiten des Baus, die steinerne Durchbrucharbeit einer Galerie und eines fünfeckigen Türmchens umzog der Schnee mit weissen Glitzerslinien wie mit einer Kette von Edelsteinen. Das Merkwürdigste im Innern des Gebäudes ist ein fast 50 Meter langer, fast 17 Meter breiter Saal, in dem Gericht gehalten wurde. Er wird von einer gewölbten Holzdecke überspannt, die nirgends durch Pfeiler gestützt wird; und er führt den Namen "Der Saal der verlorenen Schritte", weil die Schritte in dem ungeheuren Raum nicht widerhallen. Aber es ist wie ein Symbol, wenn man an die vielen Menschen denkt, die hier gerichtet wurden, zu Folter und Galgen verdammt, viele, deren Schritte sich aus der Welt verloren, wenn sie einmal diesen Saal betreten hatten.

Nicht weit vom Justizpalast entfernt steht der "grosse Uhrturm", der schon aus dem 14. Jahrhundert stammt und ein schönes Zifferblatt mit reichem Steinschnitzwerk zeigt. In die Kathedrale konnte ich noch nicht eintreten; sie war wegen einer Zeremonie geschlossen. Die Aeussere der Fassade, das ich so in Müssen betrachten konnte, ist wenig einheitlich; sie trägt drei ganz verschiedene Türme. Der Mittelthurm ist ungeheuer hoch, aber wenig schön. Man hat ihn im 19. Jahrhundert anstelle des durch Blitzschlag zerstörten alten errichtet. Schöner ist der Turm zur Rechten, der "Butterturm" genannt, weil er von dem Gelde erbaut ist, das die Gläubigen der Kirche für die Erlaubnis zahlten, in der Fastenzeit Butter zu essen. Da nun einmal die Kirche noch geschlossen war, ging ich zum Quai hinunter, an dem auf den Wassern der Seine schneebedeckte Schiffe lagen. Dann ging ich zur Kathedrale zurück, die noch immer geschlossen war, aber es hatte sich eine grosse Zahl von Harrenden vor der Pforte gesammelt, und ein einbeinigiger Bettler erklärte immer wieder, die Kirche sei wegen einer Zeremonie geschlossen. "Darüber geriet eine Frau in grossen Zorn und rief aus: "Die Sonne und die Kälte und der liebe Gott sind für alle da!" Einstweilen mussten wir uns mit der Kälte ohne Sonne begnügen, bis endlich der liebe Gott zu sprechen war. Das Innere der Kirche ist schön und einfach. Vor allem enthält die Kathedrale sehenswerte Grabdenkmäler. Auf einem Steinsarkophag ruht die ausgestreckte Gestalt des romantischen englischen Königs Richard Löwenherz, und das Denkmal heisst "Das Grab des Richard Löwenherz", doch er selbst ist nicht hier begraben. Nur sein Herz ruht hier, - wie der Kirchendiener sagte: "weil er die Normannen so sehr liebte".

Märchenhaft mit ihrer Schneenumrandung schimmerten die Türme der Kathedrale wie Filigran, als ich das Innere verliess, und noch märchenhafter ein winziges Kirchlein, St. Macleu, zu dem der Weg durch eine alte Strasse mit in den oberen Stockwerken überragenden Fachwerkhäusern führte. St. Macleu hat eine seltsame fünfeckige Spitzbogenfassade, die Türen in den drei Mittelbogen. Zwei Türen sind mit herrlichem Holzschnitzwerk bedeckt. Aber auch in St. Macleu war der

liebe Gott nicht zu sprechen. Zwischen 12 und 1 Uhr erteilt er keine Audienzen, sagt man mir. So konnte ich die berühmten Glasfenster und eine reiche gotische Orgeltreppe nicht schauen, nur in Bildern bewundern.

Ich ging dann nach St. Quen, einer besonders in den Raumverhältnissen schönen Kirche aus dem 14. Jahrhundert, in deren Weihwasserbecken-eine Kuriosität - sich die ganze Kirche spiegelt, und durch eine alte Strasse an einem Wasserlauf entlang, über den zu jedem Hause ein Holzbrückchen führte, nach St. Vincent. Von dort führte mich die elektrische Bahn nach dem Alten Markt, auf dem die unglückliche Befreierin Frankreichs ihren Tod gefunden hat. Sie hätte auch bei der Nachwelt etwas Besseres verdient, als das unschöne Brunnenstandbild auf der Place de la Pucelle. Auf dem Alten Markte hatte ich noch einen lustigen, echt französischen Anblick. Durch den tiefliegenden Schnee fuhr ein Wagen mit Fässer zwischen denen hoch oben der Kutscher thronte. Ein Vorübergehende formte einen Schneeball und warf ihn dem ahnungslosen Rosselenker an den Kopf. Das war ein Signal. Sofort eilten alle Vorübergehenden herbei, Männer, Frauen, Kinder. Sie liefen aus den Häusern, aus Nebengassen herzu und bombardierten den Wehrlosen mit den schnell schmelzenden Geschossen. Der lachte, duckte den Kopf und trieb seinen Wagen möglichst schnell in eine Nebengasse.

Dann ging ich zum Bahnhof zurück. Manches Schöne habe ich noch nicht gesehen, wie das Altertummuseum, das sich in einem alten Kloster befindet und schönen Goldschmuck aus der Merowinger Zeit (etwa 7. Jahrhundert) enthält. Ich werde Rouen nicht wiedersehen, aber unvergessen bleibt mir das Nürnberg Frankreichs, wie ich es sah in seinem seltenen Brautschmuck von schimmerndem weissem Schnee.

Henni Lehmann.

---

### Nierengerichte.<sup>x</sup>

---

SPD. Von guten Dingen in der Küche lässt sich auch gut plaudern, besonders wenn sie mit wenig Geld und Mühe herzustellen sind. Leckeren Fleischgerichten braucht keineswegs immer ein tiefer Griff in den Geldbeutel voranzugehen. So kann man aus den billigen Nieren vierlei Gerichte herstellen, die direkt delikat schmecken.

Probieren Sie's mal mit gefüllten Nieren! Zunächst werden die Nieren gereinigt und dann auf der kleineren Seite eingeschnitten, sodass sie sich wie eine Muschel aufklappen lassen. Die groben Adern passen nicht zu dem zarten Fleisch; deshalb werden sie entfernt. Wenn wir nun nochmals gründlich gespült haben, so können wir das Innere leicht salzen und pfeffern, um darauf unsere Füllung einzubringen. Ein Teelöffel voll gehackter Petersilie vereinigt sich mit zwei Tomatenscheiben, denen Liebhaber eines kräftigen Geschmacks noch einen halben Teelöffel voll Senf und einige Zwiebelwürfel beifügen. Die Gaskocherbackform wird mit ein wenig Wasser gefüllt und der Rost mit dünnen Speckscheiben abgedeckt, damit die Nieren eine geeignete Unterlage vorfinden. Wir umbinden die Nieren mit einem Faden, packen sie auf den Rost und überstreichen sie noch fürsorglich mit etwas Butter. Nun geben wir grosse Flamme und haben bereits nach einer Viertelstunde ein schmackhaftes Gericht.

Auch gebratene Nierenschnitten finden viel Beifall und passen einer geplagten Hausfrau besonders in ihr Programm, wenn die Zeit knapp ist. Zunächst werden die frischen Kalbsnieren in einer Brühe weich gekocht und sollen dann erkalten. Ueberflüssiges Fett wird abgetrennt, und die Nieren werden, in Scheiben zerlegt, die aber nicht zu dünn ausfallen dürfen, damit sie auch hinterher weich und fleischig bleiben. Pfeffer und Salz bemisst man mit Vorsicht, denn die Schnitten werden noch in Ei mit geriebener Semmel getaucht und können nun in Butter schln goldbraun gebraten werden.

Oder möchten Sie lieber die Nieren dämpfen? Dann trennen Sie von den frischen Nieren zunächst das Fett ab, zerlegen sie in Scheiben und lassen sie sich in heisser - nicht gebräunter - Butter wälzen! Jetzt erst werden sie leicht gepfeffert und gesalzen, und auch etwas feingehackte Petersilie passt gut dazu. Unter ständigem Umschwenken sind sie in wenigen Minuten gar. Nun müssen wir ihnen aber auch zu einem pikanten Geschmack verhelfen. Etwas Mehl wird darüber gestäubt, einige Tropfen Zitronensaft werden hinzu geträufelt und dann 3 Löffel Apfelwein darüber gegossen. Hierin lassen wir die Nieren einige Minuten lang dämpfen. Inzwischen bereiten wir eine dunkle Mehlschwitze, lösen mit wenig Brühe ab und kochen alles gut auf. Haben wir mit dieser Tunke die Nierenscheiben übergossen, so sollen sie nicht noch einmal aufkochen, sondern dürfen nur heiss werden.

Bei sauren Nieren wird meistens der Fehler gemacht, dass sie nicht pikant genug schmecken. Wir wählen zu diesem Gericht Schweinsnieren, würfeln sie, um sie dann in zerlassener Butter zu dämpfen. Ueberstreut werden sie hierbei mit ganz fein gehackter Zitronenschale und dann mit einigen Zwiebelscheiben belegt. Je feiner die Zitronenschale abgetrennt wird, umso mehr wird sie den Geschmack der Nieren beeinflussen. So, nun löschen wir eine dunkle Mehlschwitze mit etwas Brühe ab, fügen Wurzelwerk in Scheiben hinzu und geben einige Gewürzkörner, etwas Zitronensaft oder guten Essig, eine kleine Prise Zucker und endlich noch zwei Esslöffel Aepfelwein darüber, um dieses sorgsam zusammengestellte Gemisch bei kleiner Flamme eine halbe Stunde lang zu kochen. Hat hierauf die Tunke ein Sieb passiert, so wird sie nach und nach den geschwitzten Nieren beigegeben. Lassen wir sie noch etwa  $\frac{3}{4}$  Stunden schmoren, so sind sie weich und sollen erst zum Schluss mit Salz und Pfeffer abgeschmeckt werden.

Lucie Bürgel (Potsdam)

SPD. Ein neues österreichisches Thermalbad.<sup>x</sup> Von altersher war es unter dem Landvolk bekannt, dass in der Grossarlerache nächst St. Johann im Pongau (Salzburg) Quellen von besonderer Heilkraft entspringen. Nach eingehenden Messungen hat sich der Salzburger Landtag entschlossen, die Wiedererschliessung dieser warmen Quellen, über die die Grossarlerache durch die furtwährende Aufschüttung des Flussbettes schliesslich hinwegfloss, finanziell zu fördern. Es wurden deshalb umfangreiche Arbeiten vorgenommen, die Ende April d. J. fertig waren. Die Thermen, deren Ursprungstemperatur auf fast 50 Grad Celsius geschätzt wird, sollen in die Nähe des sonnigen Marktes St. Johann im Pongau geleitet werden.

SPD. Alte Heiratssitten.<sup>x</sup> Noch im 19. Jahrhundert herrschte in manchen Gegenden Deutschland die alte Sitte, die Braut "niederzusingen". Dies Niederzusingen ging folgendermassen vonstatten: Ein von Spielleuten begleiteter Zug brachte am Hochzeitsabend das Brautpaar bis zur Kammertür, und dann wurden vor der geschlossenen Kammertür Lieder gesungen, die allerlei Anspielungen enthielten. Wenn man das junge Paar eine gewisse Zeit allein gelassen hatte, dann gingen die nächsten Verwandten in das Zimmer und brachten den jungen Eheleuten einen Trunk. Am nächsten Morgen brachte man ihnen auch manchmal ein gebratenes Huhn vor das Bett. Die Bräutigam gab in alter Zeit dann seiner Braut ein Geschenk, die sogenannte Morgengabe - ein Ausdruck, der sich ja bis heute erhalten hat für das, was ein Ehemann der Braut zur Hochzeit spendet. Im Rechte des Mittelalters war sogar ausdrücklich festgesetzt, dass die Braut ein Anrecht auf eine Morgengabe hatte, die ihr den Lebensunterhalt sichern sollte, wenn sie Witwe wurde.